Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 54 (1. Blatt) Sonnabend, den 5. März 1921 49. Jahrgang

Die Regierung bleibt fest!

(TU) Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter der Leitung des Reichskanzlers fand gestern Vormittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angedrohten Zwangsmaßnahmen statt. Alle Anwesenden wären einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterzeichnung von Verpflichtungen abzulehnen, die Deutschland zu erfüllen außerstande ist, nicht abbringen könne. Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgelegt, daß die angekündigten Zwangsmaßnahmen schwer, aber nicht unerträglich seien und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen alle mögliche Vorsorge getroffen habe. Die angedrohten Zwangsmaßnahmen könnten keine Veranlassung bieten, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

Aus den Wandelgängen des Reichstages

beschäftigt man sich lebhaft mit den bisher vorliegenden Nachrichten über London. Die Stimmung unter den Abgeordneten läßt sich noch weiter dahin zusammenfassen, daß wir in London unter allen Umständen fest bleiben müssen. Wohl unter dem Eindruck des bisherigen Verlaufes der Londoner Konferenz beschäftigt man sich innerhalb der Fraktionen erneut mit der Frage der Regierungserweiterung. Gestern wurde zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wegen des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung verhandelt. Von deutschnationaler Seite wird betont, daß die Fraktion an sich bereit ist, in die Regierung einzutreten. Unklar ist, wie sich die Mehrheitssozialdemokratie verhält und ob sie nunmehr bereit ist, unter dem Drucke von außen parteitaktische Erwägungen zurückzustellen. Auch andere Erwägungen über einen der Sachlage angepaßten zeitgemäßen Ausbau der Regierung schweben.

Die Bestrebungen zur Bildung einer Einheitsfront.

(TU) Zu den Bemühungen um die Einheitsfront teilt die „Deutsche Tageszeitung" mit: Das Bestreben, im Hinblick auf die außenpolitische Situation eine Einheitsfront der Mittagsparteien zustande zu bringen, wird weiter verfolgt. Die Deutsche Volkspartei beabsichtigt, in aller Form an die Mehrheitssozialdemokratie heranzutreten, um festzustellen, ob deren Stellungnahme zu der Frage praktische Aussichten zur Verwirklichung der Absichten bietet. Es fällt in Parteikreisen auf, daß der Reichskanzler Fehrenbach eine Initiative in dieser Richtung bisher nicht ergriffen hat, obwohl sie der Volkspartei überläßt. Es hängt nun von der Sozialdemokratie ab, ob und wie weit eine Einheitsfront gebildet werden kann. Nach den Auslassungen in der Presse in den letzten Tagen wird man die Erwartungen nicht zu hoch spannen dürfen.

Die Größe unseres Angebots.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt in einem offenbar inspirierten Leitartikel: Wenn in der deutschen Oeffentlichkeit Stimmen laut werden, der deutsche Zahlungsplan sei zu weitgehend, so kann ihnen zugegeben werden, daß der ungeheuren Verschuldung des Deutschen Reiches der Beschluß, Milliardenbeträge anzubieten, einen gewissen Sprung ins Dunkle bedeute. Es gibt ein ganz falsches Bild, wenn man die 226 Milliarden der Pariser Beschlüsse oder 30 Milliarden des deutschen Angebots gegenüberstellt. 226 Milliarden sind Summen von Jahresraten. Werden sie im Wege der Diskontierung auf den jetzigen Wert gebracht, so handelt es sich um 53,29 Milliarden. Rechnet man umgekehrt die Summe der Jahresraten, welche eine Verzinsung und Tilgung des von Deutschland einschließlich der Vorleistungen angebotenen Kapitals von 50 Milliarden in 30 Jahren erfordern würde, so ergeben sich 133,2 Milliarden; wenn man von den Vorleistungen absieht, also von 30 Milliarden ausgeht, sind es immer noch 80,1 Milliarden, d. h. Annuitäten von 2,67 Milliarden jährlich bei einer Diskontierung (Verzinsung und Tilgung) von 5 Prozent. Diskontiert man auf dem gleichen Fuße, wie die Pariser Arrangements, also mit 6 Prozent, zuletzt bis auf 6 Milliarden gesteigerten

Staffel, über 42 Jahre, so kommt man auf fast 226 Milliarden. Wenn das Pariser Arrangement wirklich die Feststellung der Gesamtentschädigung Deutschlands sein sollte, und ohne eine derartige Feststellung verliert jede Verhandlung über die Reparationsfrage — und zwar, wie wir meinen möchten, auch von dem Standpunkte der Alliierten aus — ihren Zweck, dann sind hinsichtlich des festen Angebots die Unterschiede gar nicht so groß.

Die Situation in London.

Nach an zuständiger Stelle vorliegenden Nachrichten ist die Situation in London unverändert. Ueber neue deutsche Reparationsvorschläge ist nichts bekannt.

Im Unterhause gab Lloyd George gestern nachmittag eine Erklärung ab, die eine Zusammenstellung seiner auf der Konferenz gehaltenen Rede darstellte. Clauder Lowthen fragte, ob die widerspenstige Haltung der deutschen Delegierten nicht zum großen Teile auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Asquith erklärte, Deutschland könne nicht mehr als 2 Milliarden Pfund bezahlen. Kennworthy fragte, ob Lloyd George nicht durch einige von ihm gebrachte Worte die Deutschen ermutigt hätte. Lloyd George erwiderte: Ich erklärte offen, daß die Deutschland vorgelegten Forderungen seiner Zahlungsfähigkeit entsprechen müssen. Die Vorschläge Simons sind aber viel geringer, bedauerlich gering, ich kann wohl sagen, in absurdem Maße geringer als die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Deutschland ist, wie ich früher schon bemerkte, noch nicht in demselben Maße besteuert wie Frankreich und England. Es ist nicht möglich, daß wir zugeben, daß die Lage der Sieger schwerer ist als die der Besiegten.

Die Wirkung der Londoner Beschlüsse auf die City — niederschmetternd.

(TU) Der Eindruck der vorgeschlagenen Sanktionen auf die City ist geradezu niederschmetternd. Schon die Androhung der Einbehaltung des Kaufpreises deutscher Waren durch die englische Regierung hat einen vollkommenen Tiefstand des deutschen Geschäftes gestern zu Wege gebracht. Die englischen Kaufleute, die mit großer Mühe deutsche Agenturen wieder eingerichtet hätten, erklärten, daß nun ihre ganze Arbeit umsonst sei, falls die Sanktionen in Kraft treten würden. An der Börse wurde die Mark gestern überhaupt nicht gehandelt. Das ganze Geschäft stockt. Ebenso ungünstig wird die Zollabsperrung der Rheinlande beurteilt. In englischen Bankkreisen herrscht der Eindruck vor, daß die Sanktionen im letzten Augenblick zwischen Briand und Lloyd George vereinbart worden sind, und daß der bis zuletzt aufrecht erhaltene Einspruch Briands es nicht mehr möglich machte, englische Sachverständige hinzuzuziehen.

Aus der gestrigen Rede Lloyd Georges.

(TU) Die „Nieuw Rotterdamsche Courant" gibt noch folgende Einzelheiten aus der gestrigen Rede Lloyd Georges wieder: „Was haben wir von Deutschland verlangt?" fragt Lloyd George. „Ich halte es für notwendig, daß die deutsche Oeffentlichkeit den Charakter unserer Forderungen klar erkennt: denn ich bin überzeugt, daß dies jetzt noch nicht der Fall ist. Wir verlangen lediglich, daß Deutschland die Ausgaben vergütet, die unser Land für die Herstellung des durch den Krieg verursachten materiellen Schadens und zur Entschädigung unserer Einwohner gehabt hat. Wir verlangen nicht mehr, als wir beanspruchen können, aber auch nicht weniger, abgesehen von der Summe für Kriegspensionen, die wir mindestens 10 Jahre lang ausgeben müssen. Welche Ausgaben im deutschen Budget stehen demgegenüber? Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk keinen Begriff von dem Auftreten der kaiserlichen Regierung im August 1914 und von den in den alliierten Ländern angerichteten Schäden hat. Es ist kein eingebildeter Schaden, denn es handelt sich um Verwüstungen, deren Wiederherstellung den Alliierten nicht obliegt. Nehmen wir Frankreich an. Frankreich hat in diesem Jahre in seinem Budget eine Ausgabe von 12 Milliarden Francs für einen Teil der Wiederherstellungskosten für das zerstörte Gebiet eingesetzt. Zur Erreichung einer wirklichen Einigung halte ich es für unbedingt notwendig, daß das deutsche Volk über die Art und den Umfang der Verwüstungen aufgeklärt wird. Es glaubt jetzt, daß die Alliierten ihm mehr abpressen wollen, als sie beanspruchen können und ich bin überzeugt, daß es tatsächlich keinen Begriff von dem entsetzlichen Umfang der Kriegsverwüstungen in den alliierten Ländern hat."

Ein Riegel für ein russisch-deutsches Bündnis.

Auf eine Anfrage wurde in London erklärt, der Versailler Vertrag, besonders Artikel 213 des Vertrages, biete weitgehende Garantien, die den Alliierten erlaubten, militärischen Maßnahmen, die Deutschland in Zukunft einmal treffen könnte, einen Riegel vorzuschieben und der Gefahr eines russisch-deutschen Bündnisses entgegnen.

Französische Kreuzer nach der Nordsee.

Der französische Kriegsminister dementiert, wie der „Temps" mitteilt, in bestimmtester Form die Nachricht, daß die Kreuzer „Paris" und „Francs" aufgefordert seien, sich für die Abreise nach der Nordsee bereit zu halten. An einer anderen Stelle des „Temps" wird jedoch mitgeteilt, daß das westliche Mittelmeergeschwader aufgefordert wurde, vom Golf von Juan nach Toulon zurückzukehren. Es habe den Befehl erhalten, Vorräte aufzunehmen und sich bereit zu halten, in See zu gehen, wahrscheinlich nach Norden.

Ein Treugelöbnis deutscher Arbeiter.

Eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltete eindrucksvolle Kundgebung, bei der eine halbe Million Arbeiter, Angestellte und Beamte durch ihre Organisationen vertreten waren, und bei der Dr. Berger, Hagen, und Dr. Brebdemann, Essen, sprachen, faßte zu den Londoner Verhandlungen folgende Entschließung:

Die Hoffnungen des deutschen Volkes, auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen zu einem Frieden der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung zu gelangen, sind seit zwei Jahren systematisch zerstört worden. Die von den Westmächten geführten Verhandlungen liefen in ihren Ergebnissen stets auf ein Diktat aus, das dem Volk unerträgliche Lasten und wachsendes Elend brachte. Grauenvolle Not herrscht heute in breitesten Volkskreisen. Die Vertreter des deutschen Volkes haben in London erneut den Beweis erbracht, daß das deutsche Volk bereit ist, unerhörte Leistungen zur Wiederherstellung der Kriegsschäden zu machen. Die Westmächte zeigen hierfür kein Verständnis und drohen mit Maßnahmen, die nach deutschem Rechtsempfinden brutale Rechtsverletzung bedeuten. In dieser Stunde ersuchen die Vertreter von einer halben Million Arbeiter, Angestellten und Beamten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet die verantwortlichen Leiter des deutschen Volkes, gegen diese neuen Gewaltakte zu protestieren und keine neuen Gewaltakte zu sanktionieren. In voller Zuversicht auf den endgültigen Sieg der Gerechtigkeit versichern wir der Regierung jegliche Unterstützung. Wir werden uns, wie unsere Brüder im besetzten Gebiet, durch keine Maßnahme in unsrer Treue zu Deutschland, das in sozialer und kultureller Hinsicht an der Spitze der Länder steht, beirren lassen.

Unwürdige Szenen im Reichstag

Man hat also doch noch einen Abklatsch der großen Ereignisse, die jetzt Deutschlands Schicksal wenden, erlebt. Zunächst wurden einige kleine Anfragen erledigt, dann wurde die Antwort verlesen, die Lloyd George auf die deutschen Vorschläge in London erteilt hat. Der Inhalt ist ja bereits aus den Zeitungen bekannt. Ein großer Moment, in dem ein ganzes Volk den Atem anhält. Das erlösende Wort spricht der Präsident, indem er sagt, daß in diesem Hause wohl niemand sein könne, der dieses Londoner Diktat mit dem Versailler Vertrag für vereinbar hält. Stürmische Zustimmung auf allen Bänken beweist das lebendige Gefühl der Verantwortung vor dem Vaterlande, das die große Mehrheit der Abgeordneten beseelt. Leider, leider, gibt es in diesen schicksalsschweren Augenblicken noch Fanatiker, die die Not ihres Landes mit Füßen treten, um ihre vertrocknete Parteidoktrin zu predigen. Adolf Hoffmann hält seine Zeit für gekommen. Er will zur Geschäftsordnung reden. Der Präsident erwidert ihm, daß das nicht angängig ist. Die große Mehrheit des Hauses spendet ihm lebhaften Beifall. Desto lebhafter schreien die Kommunisten dagegen. Tosender Lärm ist das Zeichen der Unreife eines Teiles dieser Volksvertretung in solchen Schicksalsstunden des deutschen Volkes. Die Sitzung wird vertagt. Der Aeltestenausschuß tritt zur Beratung zusammen. Nach einer kleinen Stunde wurde verkündet, daß die nächste Sitzung wahrscheinlich erst morgen stattfindet.

Sitzungsbericht.

Präsident Löbe: Vor Eintritt in die Tagesordnung nehme ich Anlaß, Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Ich habe in der Angelegenheit, die uns zur Zeit alle auf das tiefste berührt, nämlich die Frage der Londoner Verhandlungen, mich an die Reichsregierung gewandt mit der Frage, ob sie vielleicht jetzt in der Lage sei, dem Reichstage Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die ihr seitens der Londoner Delegation zugegangenen Informationen noch nicht vollständig seien, und der Text der Ausführungen des englischen Premierministers noch geprüft werde. Ich füge hinzu, daß ich mich in ständiger engster Fühlung mit dem Kabinett halte und nach der im Augenblick eingegangenen Information in kurzer Zeit in der Lage sein werde, Ihnen den amtlichen Wortlaut der entscheidenden Sätze der Rede des englischen Ministerpräsidenten mitzuteilen. Zunächst treten wir in die Erledigung der Tagesordnung ein. — Abg. Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere, dem Herrn Präsidenten widersprechen zu müssen. Nach unserer Auffassung ist es durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in die Verhandlungen über die Londoner Forderungen eintritt. Wir können nicht abwarten, bis einmal der Wortlaut der Londoner Kundgebung vorliegt und die Regierung in der Lage gewesen ist, das alles zu prüfen. Die Tatsachen, die dem Reichstag als solchen Anlaß geben könnten, seine Meinung zur Lage auszusprechen, liegen bereits vor. — Abg. Levi (Komm.) schließt sich dem an. — Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Auf eine Anfrage der thüringischen Abgeordneten wegen Benachteiligung der Stadt Halle und der thüringischen Staaten durch Verlegung des Schnellzugsverkehrs von Berlin nach München über Leipzig wird regierungsseitig entgegnet, es bestehe nicht die Absicht, den Schnellzugsverkehr über Halle einzustellen. Es soll lediglich der Verkehr über Leipzig etwas erleichtert werden.

Es folgt der Bericht des Reederei[illegible] dungsvertrages. Abg. Schiffer (Z.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung, da augenblicklich nicht die Zeit zu umfangreichen Debatten sei. — Abg. Vogtherr (U.) sieht in dem Antrag das Bestreben, nach außen hin eine Einheitlichkeit vorzutäuschen, die in Wahrheit nicht bestehe. Seiner Partei werde dadurch die Möglichkeit genommen, die letzten Vorkommnisse im Reedereigewerbe in Flensburg zur Sprache zu bringen. In Stettin sei heute der Generalstreik ausgebrochen, das Reedereikapital den Wünschen [illegible] nicht entsprochen habe. Regie[illegible] tag haben die Pflicht hi[illegible] Abg. Müller-Franke[illegible] in Stettin die Einigung[illegible] morgen wieder gewinne[illegible] das, was für das Re[illegible] stehe, ungleich wi[illegible] dereifragen in Hambur[illegible] Er schließe sich dem [illegible] schon damit die Fra[illegible] Stellungnahme gewinnen. Abg. Levi (Komm.) widerspricht. Wenn die Londoner Verhandlungen für den Abg. Müller-Franken so wichtig sind, hätte er ja vor 10 Minuten Gelegenheit gehabt, dieser Ansicht gerecht zu werden, als er unseren Antrag ablehnte. — Abg. Vogtherr (U.) betont, die Verlogenheit von 1914/18 müsse endlich aufhören. Wesentlich sei es daher, daß nicht in den Fraktionen, sondern mehr in der Oeffentlichkeit verhandelt werde. — Nachdem Abg. Müller-Franken nochmals seinen Standpunkt vertreten hat, beharrt Abg. Vogtherr auf seinen Standpunkt, während er gleichzeitig erklärt, daß eine Abordnung von Arbeitern der Stettiner Vulkanwerft den heutigen Verhandlungen beiwohne und die Erledigung dieses Punktes erwarte. (Großer Lärm.) — Der Antrag Schiffer wird sodann angenommen gegen die Stimmen der äußersten Linken.

Präsident Löbe teilt [illegible] den Wortlaut der entscheidenden Sätze der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten mit und schließt unter dem tosenden Beifall des Hauses mit der Bemerkung, es werde niemand im Hause sein, der glaube, daß diese Erklärung mit dem Versailler Friedensvertrage in Einklang stehe. — Als Abg. Hoffmann (U.) das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, erhebt sich stürmischer Protest. Präsident Löbe erklärt, ihm das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben zu können, das nur bei den Gegenständen beginnen könne, die auf der Tagesordnung stehen. — Als hierauf ein gewaltiger Tumult ausbricht, vertagt der Präsident die Sitzung bis 1/4 Uhr. [illegible] den Unabhängigen und der Rechten [illegible] zu heftigen Auseinandersetzungen, die auch [illegible] während der Dauer der Pause andauern. Bis 3/4 Uhr ist die Sitzung noch nicht wieder aufgenommen. Um diese Zeit werden die im Saale noch anwesenden Mitglieder und die Pressevertreter von dem Bureaudirektor Geheimrat Jungheim davon verständigt, daß die Sitzung geschlossen ist und daß der Reichstag morgen zu einer noch zu bestimmenden Stunde seine nächste Sitzung abhalten wird.

Umsturzbewegung der V. K. P. D.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen Aufruf der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale) an das deutsche Proletariat, worin anläßlich des Londoner Ultimatums die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung zu stürzen, um der kommunistischen Ordnung zum Siege zu verhelfen. Zum Schluß des Aufrufes heißt es: Demonstriert am Sonntag, rüttelt die Säumigen auf, marschiert gegen Eure Bedrücker, gegen das doppelte Joch fremder und deutscher Ausbeuter für den kommunistischen Aufbau, für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Westfalen und Rheinland.

Konkurrenzverbot und Kriegsgewinnsteuer.

Kamen, 5. März. Ein Rechtsstreit von größerem kaufmännischen Interesse ist unlängst beim Reichsgericht zur Entscheidung gekommen. Der Kläger betrieb bis zum Januar 1917 in Mondorf eine Fabrik pyrotechnischer Artikel. Am 4. Januar 1917 verkaufte er seine Grundstücke an die Pyrotechnische Fabrik Mondorf G. m. b. H. zum Preise von 250 000 Mark und brachte gleichzeitig sein Fabrikgeschäft mit Firma zum Preise von 100 000 Mark in die von der genannten G. m. b. H. und von ihm neben andern Kommanditisten gegründete Kommanditgesellschaft ein. In dem Gründungsvertrage verpflichtete er sich auf die Dauer von 10 Jahren im Deutschen Reiche weder ein Konkurrenzgeschäft zu errichten, noch sich an einem solchen direkt oder indirekt zu beteiligen, noch einem solchen Darlehen zu geben oder es sonst zu unterstützen. Dieselbe Verpflichtung gilt für die Dauer von 5 Jahren für das übrige Europa. Für jede Zuwiderhandlung wurde eine Konventionalstrafe von 50 000 Mark festgesetzt. Kläger hatte damals in dem Glauben gelebt, daß er als Millionär ein reicher Mann bleiben werde und sich zur Ruhe setzen könne, dazu hatte während des Krieges große Kriegsgewinne zugelegt. Als jedoch die Kriegsgewinne nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges von der Steuergesetzgebung erfaßt wurden, trat er mit der Behauptung hervor, er sei nun wieder darauf angewiesen, zu arbeiten und sich eine neue Existenz zu gründen. Mithin sei er an das sein Fortkommen übermäßig erschwerende Konkurrenzverbot nicht mehr gebunden. Ende März 1919 erhob er Klage mit dem Antrage auf Feststellung, daß die Konkurrenzklausel nichtig sei, mindestens aber verlangte er Feststellung der Berechtigung, einen Nebenartikel vertreiben zu dürfen. Er habe nichts anderes gelernt, als die Herstellung und den Vertrieb pyrotechnischer Artikel, sei also darauf angewiesen. Mithin verstoße das Konkurrenzverbot, das ihm jede Möglichkeit eines neuen Erwerbs nehme, gegen die guten Sitten. Landgericht Elberfeld und Oberlandesgericht Düsseldorf haben die Klage abgewiesen. Beide Gerichte sehen als erwiesen an, daß von einer übermäßigen Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit des Klägers (Verstoß gegen die guten Sitten) keine Rede sein könne. Zu den bedeutenden Kriegseinnahmen des Klägers, der sich von dem aufreibenden Fabrik- und Geschäftsbetrieb zurückziehen wollte, sei der Erlös aus der Fabrik- und Geschäftsübertragung in Höhe von 350 000 Mark hinzugekommen. Sein Rücktritt vom Geschäft beruhe auf freiestem Willensentschluß. Außerdem habe ihm eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung gestanden, sein Vermögen anzulegen und zu verwenden. Ein Unterschied zwischen Haupt- und Nebenartikeln sei im Vertrage nicht gemacht. Endlich sei zu berücksichtigen, daß die Artikel, die früher als Nebenartikel gegolten hätten, infolge der gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, leicht zu Hauptartikeln werden könnten. Das Reichsgericht hat die gegen diese Ausführungen gerichteten Revisionsangriffe des Klägers zurückgewiesen und unter anderem noch folgendes in seinen Entscheidungsgründen ausgeführt: Das Oberlandesgericht hat die Sittenwidrigkeit des Konkurrenzverbotes mit Recht deswegen verneint, weil der Kläger ein durch Kriegsgewinn reich gewordener Mann gewesen sei, der von seinen Renten leben wollte und weil ihm auch eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung gestanden habe, sein Vermögen anders anzulegen und zu verwenden. Mit den Umständen, die zur Verschlechterung der Vermögenslage des Klägers führten, ist bei Vertragsschluß nicht gerechnet worden. Diese Begründung ist nicht zu beanstanden und steht durchaus im Einklange mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts, daß für die Beurteilung der Frage, ob ein Wettbewerbsverbot gegen die guten Sitten verstoße, die Verhältnisse zur Zeit des Vertragsschlusses maßgebend sind. Spätere Veränderung dieser Verhältnisse sind [illegible] unter zwei Gesichtspunkten beachtlich: einmal, wenn das Wettbewerbsverbot die durch [illegible] Neuerungen geschaffene Sachlage gleichfalls umfaßt, [illegible] durch jene Neuerungen Erfahrungstatsachen [illegible] die bereits bekannt waren, lediglich bestätigen. [illegible] Oberlandesgericht hat das berücksichtigt, [illegible] bestätigen die Angaben, die [illegible] Vermögenslage gemacht [illegible] es ihm jetzt nicht mehr [illegible] Nutzung seines Vermögens [illegible] Erwerbszweige, zu [illegible] der Höhe der [illegible] Strafe von 5000 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung kann ein Verstoß gegen die guten Sitten gleichfalls nicht gefunden werden. (Aktenzeichen: II. 209/20. — 18. 1. 21.)

*

Kamen, 5. März. (Verschiedenes.) Nach § 16 des Scheckgesetzes muß zur Ausübung von Regreßansprüchen gegen den Aussteller des Schecks nachgewiesen werden, daß der Scheck rechtzeitig vorgelegt und nicht eingelöst worden oder die Vorlegung vergeblich versucht worden ist. Dieser Nachweis kann nach Ziffer 1 des § 16 durch eine auf den Scheck gesetzte, von dem Bezogenen unterschriebene und den Tag der Vorlegung enthaltende Erklärung geführt werden. Erforderlich ist dabei, daß die gesetzlichen Vertreter oder Bevollmächtigten der Bezogenen die Erklärung formgültig unterschreiben. Und zwar erstreckt sich diese Verpflichtung auch auf die Bescheinigung von Datenänderungen.

Bei den Handelskammerwahlen wurden gewählt die Herren: Direktor Hobrecker-Hamm für die metallverarbeitende Industrie (Stadt- und Landkreis Hamm), Kaufmann Schüerhoff-Hamm und Kaufmann Rudolf Bäumer-Unna für den Einzelhandel, ersterer vom Stadtkreise, letzterer vom Landkreise Hamm.

(Abstimmungsvorschriften für Oberschlesien.) Die interalliierte Kommission gibt folgendes bekannt: 1. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Personen der Kategorte A nur nach Vorzeigung der roten Legitimationskarte, die Personen der Kategorte C nur nach Vorzeigung ihrer Wahlkarte und der grünen Legitimationskarte zur Abstimmung zugelassen werden. 2. Die Aufmerksamkeit der Interessenten wird auf die Notwendigkeit hingelenkt, durch die zuständigen Gemeindeverwaltungen jede Ungenauigkeit in ihren Legitimationskarten berichtigen zu lassen, die sich auf die Angabe über ihren Namen, Vornamen, Alter und Geburtsort bezieht; außerdem in den Legitimationskarten für die Personen der Kategorte C jede Ungenauigkeit, die das Datum des Eintreffens am Abstimmungsgebiet betrifft. 3. Es wird außerdem in Erinnerung gebracht, daß jede Person, die bei der Abstimmung entweder eine andere Legitimationskarte hat, als diejenige, die ihr zusteht, oder eine falsche Legitimationskarte gebraucht, den in Artikel 35 der Abstimmungsvorschriften vorgesehenen Strafen (Geld oder Gefängnisstrafen oder beide Strafen zusammen) unterliegt.

Die Steuer-Erklärungen mit ihrer Vielseitigkeit machen vielen Bürgern gewaltige Kopfschmerzen. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß es der Stadtverwaltung gelang, einen Steuerbeamten des Finanzamtes Hamm für einige Tage nach Kamen zu bekommen, welcher Steuererklärungen entgegennimmt und Einsprüche bearbeitet. Derselbe ist zu sprechen in Kamen Markt 4, Zimmer 1, nachmittags von 1¼ Uhr ab und zwar am Montag, den 7., 14., 21. März und 4. April, Donnerstag, den 10., 17. und 31. März, und Mittwoch, den 23. März. Es ist allen zu empfehlen, sich diese Tage zu merken oder die Anzeige in gestriger Nummer auszuschneiden.

Kamen, 5. März. **Das Schöffengericht** tagte am Donnerstag unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Schmidt. Die Anklage wurde von Amtsanwalt Floer vertreten. Eine gesperrte Straße befuhr der Kaufmann K. aus Bochum mit seinem Auto und erhielt dafür einen Strafbescheid in Höhe von 30 Mark, gegen welchen er gerichtliche Entscheidung beantragte. Beschuldigter fuhr am 16. November 1920 mit seinem Kohlenauto durch die Schulstraße in Dänische, welche bereits seit 4 Wochen gesperrt war. Er hatte kein Glück mit seiner Entschuldigung, keine Warnungstafel gesehen zu haben, denn es blieb bei der Strafe. — Ein gleiches Schicksal hatte der Rohproduktenhändler Kr. aus Beddinghofen, welcher durch die gesperrte Bismarckstraße in Bergkamen gefahren war. Auch er muß 30 Mark zahlen. — Mit einer Lokomotive nebst 3 Anhängern fuhr der Kaufmann B. aus Münster, obschon nur 2 Anhänger zulässig sind. Folgen: ein Strafmandat von 30 Mark, das vom Gericht als angemessen erachtet wurde. — Der Entwendung von Soda, der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft gehörig, sollten sich die Arbeiter H., B., F. und L., sämtlich aus Bergkamen, schuldig gemacht haben. Sie geben an, dasselbe nur zum Waschen der Hände benutzt zu haben. Das Gericht sprach sie frei. — Einen Betrug vollführte der Bergmann R. aus Kamen, indem er in einem leeren Förderkorb Waschberge lud, um selbigen durch Bedecken mit Kohlen als einen vollen vorzutäuschen. Das Gericht bestrafte ihn dafür mit 20 Mark Geldstrafe. — Groben Unfug, Bedrohung sowie Sachbeschädigung verübten die Bergleute K. und B. aus Kamen. U. a. machten sie in den Wohnräumen ihrer Mitwohner einen derartigen Lärm, daß die Decke des darunter gelegenen Zimmers abstürzte, wobei sie dann auch noch den Leuten mit Halsabschneiden drohten. Der Amtsanwalt beantragte wegen groben Unfugs eine Geldstrafe von je 450 Mark; wegen Bedrohung je 300 Mark, und wegen Sachbeschädigung je 200 Mark. Das Gericht bestrafte die Angeklagten wegen groben Unfugs zu je 150 Mark und wegen Bedrohung zu je 300 Mark Geldstrafe. Wegen Sachbeschädigung wurde das Verfahren eingestellt, da von dem Eigentümer ein Antrag nicht gestellt war. — Es kamen dann noch zwei unbedeutende Diebstahlssachen vor, die den Angeklagten gerichtliche Verweise brachten.

Heeren-Werve, 5. März. **Keine unbekannte Persönlichkeit** ist der Polizei der Bergmann Konrad E. von hier, der auch als Haupttäter bei dem schweren Einbruchsdiebstahl in Unnern in Frage kommt. Er wurde am 1. ds. Mts. durch die hiesigen Beamten in Altenbögge festgenommen, als er im Begriffe war, sich mit seiner Geliebten aus dem Staube zu machen. E. hat ein umfangreiches Geständnis abgelegt und außer dem Wieneckeschen Diebstahl noch eine große Anzahl anderer Einbruchsdiebstähle zugegeben. Hoffentlich gelingt es der rührigen Polizei, auch die übrigen Mittäter recht bald dingfest zu machen.

Oberaden, 5. März. (Einbruchsdiebstahl.) 2 Borstentiere wurden vor wenigen Nächten dem Former Heinrich Weischenberg hierselbst aus seinem verschlossenen Stall gestohlen, die die Diebe an Ort und Stelle abschlachteten.

Dortmund, 4. März. (Verschiedenes.) In der Nacht zum 27. Februar d. Js. ist auf dem Wege von Dorstfeld nach Marten in der Nähe des Güterbahnhofes Dorstfeld auf einen Mann ein Raubüberfall ausgeführt worden. Der Ueberfallene wurde unter Vorhalten von einem Revolver und Messer von zwei Tätern vollständig ausgeräubert. — Drei Glücksspielernester wurden hier durch Polizeibeamte ausgehoben. Eins befand sich in der Wirtschaft Schulte, Oestermärschstraße, wo an fünf Tischen von 26 Personen gespielt wurde. In der Wirtschaft Tobien, Hirtenstraße, wurden sechs Personen, meist jugendliche Burschen, beim Lotteriespiel überrascht. Vanthalter war ein kaum 17jähriger Bursche. Die dritte Glücksspielergesellschaft wurde in der Wirtschaft Kowalski, Rheinischestraße, ausgehoben.

Lünen, 4. März. (Feuergefecht zwischen Einbrechern und Polizei.) In der Nacht zum Dienstag wurde versucht, in ein Geschäft im Stadtbezirk Lünen-Süd einzubrechen. Die Einbrecher wurden von einer Polizeipatrouille bemerkt und verscheucht. Die Beamten wurden darauf von den Einbrechern durch mindestens 15—20 Schüsse, die ihr Ziel verfehlten, beschossen. Einige Schüsse sind aus Armeepistolen abgefeuert worden. Die gefährlichen Verbrecher konnten sich auf diese Weise durch die Flucht der Verhaftung entziehen.

(TBD) **Hagen**, 4. März. (Festnahme einer Diebesbande.) Unter dem Verdacht, an den umfangreichen Diebstählen im Altenschen Geschäftshause beteiligt gewesen zu sein, sind jetzt weitere 10 Personen verhaftet worden. Man beschlagnahmte bei ihnen Diebesgut im Werte von 100 000 Mark. Bei einem Werkmeister in der Nähe von Altena wurde ein ganzes Auto voll gestohlener Sachen gefunden. Auch in Wetter und Dortmund wurden große Warenmengen beschlagnahmt, die ein früherer Hausdiener der Firma dorthin verschärft hatte.

*

Der Wasserturmprozeß.

Essen, 4. März. Die gestrigen Verhandlungen begannen mit der Vernehmung des Betriebsdirektors Dr. Butsch und eines Betriebsbeamten der Zeche Alster bei Kupferdreh. Die Staatsanwaltschaft hat diese beiden Zeugen geladen, um darzutun, daß Wiegers, der fortgesetzt behauptet hat, während der ganzen Unruhen keine andere Funktion als die eines Sanitäters ausgeübt und niemals eine Waffe getragen zu haben, keinesfalls der harmlose Mensch ist, als den er sich geflissentlich immer hinstellte. Wiegers, laut die Anklage, hat am Morgen des 19. März mit einer Abteilung Bisgardisten das Haus des Betriebsdirektors betreten, den Direktor verhaftet und unter Bedrohung mit einer Handgranate die Herausgabe des Autos verlangt. Wiegers erklärte dem Direktor bei der Verhaftung auch noch, daß ein anderer Betriebsbeamter schon verhaftet sei und wahrscheinlich erschossen würde; er sei auch, habe er hinzugefügt, über die Stellung der Reichswehr und sonstiger Sicherheitsverbände genau informiert. Die beiden Zeugen machen ihre Aussagen mit voller Bestimmtheit. Wiegers gerät dabei in heftige Erregung und versucht, über den ganzen Vorgang eine Darlegung zu geben, die ihn weder nur als den allerversöhnlichsten und ungefährlichsten Menschen erscheinen läßt. Als Wiegers sich bemüht, eine andere Darstellung über die Vorgänge zu geben, erklärt ihm Direktor Butsch: „Das ist eine glatte Lüge." Dann wird die Zeugenvernehmung darüber fortgesetzt, von welcher Seite nach Hissen des weißen Tuches noch geschossen wurde, die neue Bekundungen nicht brachte.

*

Die bergmännischen Pflichtfortbildungsschulen.

Essen, 4. März. In letzter Stunde ist es zweifelhaft geworden, ob die bergmännischen Pflichtfortbildungsschulen bereits zu Ostern dieses Jahres eröffnet werden können. Vor einigen Tagen fanden hier Besprechungen zwischen den Vertretern der Gemeinden des Ruhrgebietes und den Mitgliedern des von der Regierung eingesetzten vorbereitenden „Ausschusses zur Einschulung der jungen Bergleute" statt. Die Vertreter der Gemeinden brachten mehrere neue Forderungen vor, über die bislang noch nicht verhandelt worden ist. So verlangen die Gemeinden

1. Angliederung der bergmännischen Pflichtfortbildungsschulen an die Fortbildungsschulen oder, falls dieses nicht angängig ist,
2. Einfluß der Gemeinden auf die Anstellung der Lehrpersonen,
3. Sitz und Stimme der Gemeinden im Verwaltungsausschuß der bergmännischen [illegible]fortbildungsschulen.

Die Gemeinden begründen [illegible] Forderungen mit dem Hinweis darauf, daß ihnen [illegible] Bereitstellung, Beleuchtung, Heizung usw. der [illegible] Einschulung der jungen Bergleute erforderlichen [illegible] ganz erhebliche Kosten entstünden; es sei daher berechtigt, wenn den Gemeinden auch ein entsprechender Einfluß auf die neuen Schulen eingeräumt werde. Zu einem abschließenden Ergebnis führten die Verhandlungen nicht. Es wurde vielmehr beschlossen, in allernächster Zeit eine neue Besprechung abzuhalten, an der auch Vertreter der Berggewerkschaftskasse zu Bochum — die bekanntlich die Mittel zum Unterhalt der bergmännischen Pflichtfortbildungsschulen hergibt — teilnehmen werden. Von allen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, möglichst bald zu einer Einigung zu kommen, damit der ursprüngliche Plan durchgeführt werden könne, die bergmännischen Pflichtfortbildungsschulen bereits zu Ostern dieses Jahres ins Leben treten zu lassen.

*

(DBD) **Barmen**, 4. März. **(Bei lebendigem Leibe verbrannt.)** Beim Abbrennen dürren Grases fingen in Oefinghausen bei Dieringhausen die Kleider eines sechsjährigen Mädchens Feuer. Das arme Kind verbrannte bei lebendigem Leibe.

Elberfeld, 4. März. Das Schwurgericht verurteilte eine achtköpfige Banknotenfälscherbande zu Gefängnisstrafen von 1½ bis 2 Jahren und erkannte ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre ab. Unter den Verurteilten befinden sich der Steindruckereibesitzer Paul Quambach aus Unterbarmen, drei weitere Steindrucker, ein Lithograph, ein Kaufmann, ein Postschaffner und ein Graveur. Sie haben in drei Auflagen zwei verschiedene Sorten falsche 50-Mark-Scheine hergestellt und insgesamt über eine Million Falschscheine angefertigt und in den Verkehr gebracht. Teils hatten sich die Angeklagten durch große Geldausgaben verdächtig gemacht, teils hatten sie Häuser erworben und große Anschaffungen gemacht.

Düsseldorf, 4. März. **(Eine Kundgebung der westdeutschen Handwerkskammern.)** Die westdeutschen Handwerkskammern (Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau und Lippe) haben auf ihrer letzten Tagung in Aachen sich mit den Kommunalisierungsbestrebungen befaßt und einmütig gegen jede Form der Kommunalisierung von kleingewerblichen Betrieben Stellung genommen. Sie haben zwar mit Befriedigung feststellen können, daß gegen den von der Sozialisierungskommission vorgelegten Gesetzentwurf nun auch in weiten Kreisen der Verbraucher schwere Bedenken aufgetaucht sind, verkennen aber nicht die Gefahr, die dem Kleingewerbe aus dem Bestreben droht, um auf Umwegen in den einzelnen Gemeinden das gesetzlich vielleicht nicht erreichbare Ziel zu verfolgen. Ebenso einmütig nahmen die Kammern Stellung gegen die gemeindliche Gewährung von Darlehen an Arbeiterproduktiv-Genossenschaften im Baugewerbe, da es sich um eine einseitige Förderung von Interessen auf Kosten eines großen bewährten Berufsstandes handle.

Köln, 4. März. **(Britisches Einquartierungsverlangen.)** Die britische Besatzungsbehörde hat entgegen dem Rheinlandabkommen, das Einquartierung nur für Zivilbeamte und Offiziere vorsieht, für 600 Mannschaften mit ihren Familien Quartiere in massiven Häusern verlangt, deren Kosten sich auf etwa 75 Millionen Mark belaufen. Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung droht man im Falle einer Weigerung mit Räumung eines Häuserblocks in der Nähe der Kaserne.

Gröners Programm.

Vor dem Hauptausschuß des Reichstags wurde die Aussprache über den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Reichsverkehrsminister Gröner spricht über die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Eisenbahnverwaltung, der in der Oeffentlichkeit vielfach Mißstände zu Unrecht zur Last gelegt würden, für die andere Stellen verantwortlich seien. Er sähe es als erste Aufgabe der Verwaltung an, den technischen Apparat auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen, um gegenüber allen Ansprüchen des Verkehrs gewappnet zu sein. Gleichzeitig sei es bemüht, das innere Getriebe der Verwaltung zu festigen und überall moderne Gedanken der Wirtschaftlichkeit zur Durchführung zu bringen. Dagegen sähe er es vorerst nicht als die Aufgabe der Verwaltung an, umfassende Organisationsänderungen vorzunehmen. Er denke nicht an eine übermäßige Zentralisation. Bei allen Maßnahmen werde er an dem Gedanken der Verkehrseinheit und des Staatsbahnbetriebes unerschütterlich festhalten. Die Ueberführung der Staatsbahnen in gemischtwirtschaftliche Betriebe lehne er ab. Die Beseitigung der Differenzen werde in der Weise zu geschehen haben, daß 10 Milliarden durch Tariferhöhung und 5 Milliarden durch Ersparnis eingebracht würden. Die Verminderung des Personals sei im Gang und werde auch weiterhin unaufhaltsam betrieben werden müssen. Dabei werde jedoch an plötzliche Massenentlassungen nicht gedacht. Ein Eisenbahnfinanzgesetz zur Ausführung des Artikels 92 der Reichsverfassung sei in seinem Ministerium in Vorbereitung. (Artikel 92 lautet: „Die Reichseisenbahnen sind ungeachtet der Eingliederung ihres Haushalts und ihrer Rechnung in den allgemeinen Haushalt und die allgemeine Rechnung des Reiches, als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, dafür Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln hat. Die Höhe der Tilgung und der Rücklage, sowie die Verwendungszwecke der Rücklage sind durch besonderes Gesetz zu regeln." Der Tiefstand der Leistungen habe im Winter 1919 und 1920 gelegen, sei aber in langsamem Heben begriffen. Im Personenzugverkehr würden heute 55 bis 55 Prozent im Güterverkehr 83 Prozent gegenüber 1913 geleistet, jedoch sei jetzt wegen der Wirtschaftskrise ein Nachlaß zu verspüren. Auf die Ausgestaltung des Fahrplanes sei er besonders bedacht. Die Besserung könne aber nur allmählich nach Maßgabe der Einstellung der Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeitsverkehr zu bessern suchen. Aber auch der internationale Verkehr müsse ausgebaut werden. Die deutschen Eisenbahnen müßten danach streben, wieder die frühere Rolle im internationalen Verkehr einzunehmen. Der Wagenmangel, über den so häufig geklagt würde, sei in den meisten Fällen ein Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven. Auch in der Wagengestellung sei aber eine Besserung zu verzeichnen. Im Jahre 1919 seien gegen 1913 55,2 Prozent Ruhrkohle gefahren worden, 1920 sogar 70,5 Prozent. Im Januar 1921 habe die Wagengestellung im Ruhrrevier 527 257 betragen gegen 369 365 im Januar 1920. Auch für Kartoffeltransporte seien stärkere Verkehrsleistungen im laufenden Winter gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die technische Ausrüstung der Werkstätten sei im letzten Jahre erheblich verbessert worden. 1920 seien 330 Millionen Mark ausgewandt worden. Im Haushalt 1921 seien weitere 250 Millionen dafür vorgesehen. Weitere erhebliche Summen seien für Neubauten und Erweiterungen der Werkstätten, für Beschaffung von Werkzeug aufgewendet worden. Hand in Hand damit gehe die planmäßige Organisation der Arbeit, der Uebergang vom handwerksmäßigen zum Fabrikbetrieb. Dadurch sei es jetzt eine wesentliche Ausnutzung der Lokomotiv- und Wagenbestände und eine wirtschaftliche Ausnutzung der Arbeitskräfte erreicht worden. Er sei bestrebt, die ungeeignetsten Arbeitskräfte auszustoßen und hochqualifizierte Kräfte heranzuziehen. Die Qualität der Arbeit erreiche jetzt wieder die alten Friedensleistungen. Doch sei auch unter den Eisenbahnern die Moral leider wieder wesentlich gesunken. Die Diebstähle seien außerordentlich gestiegen. Erst seit 1919 sei ein langsames Steigen zu beobachten. Er habe scharfe Anweisungen gegeben, alle Schädlinge rücksichtslos aus dem Eisenbahndienst zu beseitigen. Die Arbeitswilligkeit des Personals sei in erfreulichem Zunehmen, insbesondere bei älteren Arbeitern, deren Einfluß wieder im Steigen sei. Die Arbeitsleistungen seien aber auf vielen Gebieten noch außerordentlich niedrig. Zu deren Hebung werde auch weitere Ausbildung beitragen, die jetzt systematisch in die Hand genommen sei. Der Achtstundentag habe durch die plötzliche Einführung in der Eisenbahnverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten geführt.

Der Reichspräsident gegen die Genußsucht.

(W) Die Auswüchse des öffentlichen und in gewisse auch des privaten Gesellschaftslebens, die überhandnehmende Lustbarkeit, die in so schreiendem Mißverhältnis mit der Not und dem Ernst der Zeit stehen, haben in ernst gerichteten Kreisen in wachsendem Maße Unwillen hervorgerufen und das Verlangen nach einer Abstellung dieser Mißstände rege werden lassen. Insbesondere hat dieser Tage der Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben auf die den Ernst unserer Lage verkennende Lebensführung besonders der besitzenden Klassen, hingewiesen, die im Gegensatz zu dem Leben unserer Mitbürger, die durch Hunger und Kälte zu Grunde gehen, steht und bei dem zu starken Verbrauch an Genuß- und Luxusmitteln verhängnisvolle Folgen für unser Wirtschaftsleben zeitigen müsse. Er hat im Namen des deutschen Roten Kreuzes die dringende Bitte geäußert, daß die Regierung dem Treiben gewisser Kreise unseres Volkes Einhalt gebieten möge. Wie dem Roten Kreuz darauf mitgeteilt worden ist, hat sich der Reichspräsident an den Reichskanzler mit der Bitte gewandt, bei den Regierungen des Reichs und der Länder dahin zu wirken, mehr als bisher geschehen ist, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten diesem Unfug entgegen zu treten. In diesem Schreiben des Reichspräsidenten heißt es: Lärmende Genußsucht und sittenlose Vergnügungen machen sich vielfach rücksichtslos und aufdringlich in aller Oeffentlichkeit breit, in einer Zeit, da allenthalben Not an uns herantritt und keine Hilfe genug sein kann, um das Elend zu beseitigen. Auch die Veranstaltungen gutgemeinter Wohltätigkeit nehmen manchmal einen Charakter an, der mehr Genußsucht gewisser Kreise als menschenfreundlichen Zwecke erkennen läßt. Die Wohltätigkeit darf nicht des festlichen Gewandes, der Lust und Fröhlichkeit in diesen Tagen der ernsten Sorge. Wer in brüderlicher Gesinnung geben will, um wer fremder Not helfen will, gebe im Stillen. Die eigene Würde und die Würde Deutschlands verlangen, daß jeder, der sich mit dem Schicksal des Volkes verbunden fühlt, heute mehr denn je sich fern hält von lärmender Genußsucht, und daß, soweit nicht die eigene Einsicht sich dazu setzt, die zuständigen Behörden solchen Auswüchsen mit den gesetzlichen Mitteln entgegentreten. Der Reichskanzler hat sich darauf mit den Landesregierungen über die zu ergreifenden Maßnahmen in Verbindung gesetzt.

Die Verschleppung der Erzbergerschen Steuerangelegenheit.

Zu dem Schreiben Erzbergers an den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags nimmt der Hauptschriftleiter der Ostpreußischen Zeitung, Dr. Ernst Bück, das Wort, der seinerzeit die Auszüge aus den Steuerakten Erzbergers in der Deutschen Zeitung veröffentlichte. Er schreibt u. a.: „Entgegen der Erzbergerschen Darstellung ist Tatsache, daß die Untersuchung gegen Erzberger nicht weiter geführt worden ist, wie ich aus ganz einwandfreier Quelle erfahren habe. Der Präsident der damaligen Steuerdirektion Berlin wollte eine ernsthafte Untersuchung einleiten. Das war jedoch nicht möglich, da die Akten von dem preußischen Finanzminister Lüdemann, bis Herr Erzberger jetzt so heftig angreift, angefordert und trotz aller Bitten des Präsidenten nicht herausgegeben wurden. Die Zurückhaltung der Akten hat, soweit ich unterrichtet bin, nicht etwa den Zweck, die Untersuchung zu verschleppen gegen das Interesse des Herrn Erzberger, sondern im Gegenteil solange zu verzögern, bis Herr Erzberger wieder [illegible] wurde und ihn nichts mehr unternommen werden [illegible]. Der Stein kam erst dann wieder ins Rollen, als Herr Erzberger den Strafantrag gegen mich zurückzog und damit die von mir beabsichtigte Aufrollung der Steuerangelegenheit in seinem Beleidigungsprozeß gegen mich unmöglich gemacht wurde. Ich habe damals in der Presse erneut die Anklage wegen Steuerhinterziehung gegen Herrn Erzberger erhoben, der aber keinen neuen Antrag gegen mich stellte. Auf die Veranlassung des Herrn Dr. Wirth ist wohl das für Herrn Erzberger außerordentlich belastende Gutachten des ersten Bearbeiters der Erzbergerschen Steuerangelegenheiten übergangen worden. Man hat einen zweiten Gutachter der Reichsbuchhaltung beauftragt, der ausgerechnet für Herrn Erzberger Unkenntnis der Akten in Anspruch nahm und deshalb das Verfahren einstellen wollte, wogegen der erste Gutachter in der schärfsten Form protestierte. Als die ersten Einzelheiten in der Oeffentlichkeit bekannt wurden, hat der Finanzminister Lüdemann die Sache an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Die Anschuldigungen wegen der Kapitalflucht, die ich vorigen Oktober andeutete, sind bisher noch keineswegs eingehend untersucht worden. Sie sind nach meiner Meinung sehr viel schwerwiegender und auch politisch weit bedeutsamer, als die wegen der Steuerhinterziehung erhobenen Vorwürfe."

Nr. 54
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Sonnabend,
den 5. März 1921

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter Erna mit Herrn Willy Welter, akademischer Kunstmaler und Zeichenlehrer am staatlichen Gymnasium geben bekannt

Postsekretär H. Hartmann u. Frau

Minden, Königstraße 110,
2. März 1921.

Erna Hartmann
Willy Welter
Verlobte

Minden Kamen i. W.
2. März 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir insbesondere den Vereinen, sowie dem Herrn Pastor Phillipps für seine trostreichen Worte am Grabe und für die zahlreichen Kranzspenden allen unsern aufrichtigsten Dank aus.

Familie Wilh. Bürger.

Overberge, den 4. März 1921. 1120

Achtung, Südkamen.

Sonntag, den 6. März 1921, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Düfelshöft

Versammlung

zwecks Gründung eines **Arbeiter-Gesang-Vereins**, wozu die freiorganisierte Arbeiterschaft von Südkamen und Umgegend freundlichst eingeladen wird. 1119

Die Einberufer.



Sonntag und Montag sind

Schweine

zu haben. i1098

Bonhoff, Unnaerstraße.

Pauls Juli Saatkartoffeln

sind eingetroffen und werden Montag von 8 Uhr ab am **Güterbahnhof** ausgegeben. p1122

Jul. Jordan,
Fernruf 135.

Wiederverkäufer u. Wirte

[illegible] Vorrat [illegible] eine

[illegible] beim [illegible] Bader

Tabakfa[illegible] Ko[illegible]ten.

Bevor Sie mit [illegible] noch [illegible] kaufen, prüfen Sie erst [illegible] Marken mit

einzelnen [illegible] Kistchen.

Sie bleiben [illegible] dauernd Kunde.

Tabak-[illegible]
Weststr. 18. Fernruf 297.
[illegible] auch die grössten Posten sof[illegible]

[illegible]sshandlung Kamen
Weststr. 18.
[illegible]ort lieferbar.
1096

Drucksachen
liefert in geschmackvoller Ausführung
die Buchdruckerei der Kamener Zeitung

Handlinien-Wahrsagen
auch Schriften auslegen 1053
Frau Baca, Bergkamen,
Wilhelmstraße 37.

---

1 Schneiderlehrling
zu Ostern gesucht. 1115
W. Holthoff,
Schneidermeister,
Hammerstraße 30.

Gesucht für unser Büro zum baldigen Eintritt
ein 1107
Lehrling
mit guter Schulbildung.
Schriftliche, selbstgeschr. Bewerbungen an **Farbwerke Germania G. m. b. H., Kamen i. W.**

Krankheitshalber für sofort ordentliches
Mädchen
von 16—18 Jahren gesucht.
Frau E. Winkler,
1106 Nordstraße 20.

Sauberes, fleißiges
Mädchen
für Privathaushalt, 4 Personen, bei hohem Lohn und guter Verpflegung sofort gesucht. **Hausschürzen** werden gestellt. 1100

Näheres in der Geschft. der Kamener Zeitung.

Suche zum 15. März oder 1. April ein tüchtiges, ehrliches 1102
Mädchen
für alle Hausarbeit gegen hohen Lohn.
Frau Hermann Dickmann,
Werne a. d. L.,
Bahnhofstr. 161.

Suche per 1. April evtl. später ein fleißiges, sauberes
Zweitmädchen,
das waschen kann und alle Hausarbeit gründlich verrichtet. 1048
Frau H. Hertz,
Bergkamen i. Westf.
Hohenzollernstr. 214.

Zum 1. April ein braves, ordentliches
Mädchen
gesucht. p1091
Fr. Pastor Giesecking,
Hammerstr. 10.

Suche nach Dortmund z. 1. April oder 1. Mai ein **tüchtiges evgl. Mädchen** als Stütze der Hausfrau, das schon in besseren Häusern gedient hat. Hoher Lohn u. gute Behandlung. Zweitmädchen vorhanden. 1068
Zu erfragen bei **Frau Timmerhoff in Kamen, Ostenmauer 13.**

---

2 ordentl. Schlosser auf der Zeche suchen 1044
Kost u. Logis.
Bauer bevorzugt, selbige sind gewillt, in der freien Zeit auf dem Lande zu helfen.
Schriftl. Angebote unt. **Nr. 1044** an die Geschft.

Suche zum baldigen Eintritt ein tüchtiges, fleißiges i1114
Dienstmädchen
für Küche und Haushalt mit guten Zeugnissen, per April ein
Lehrmädchen
mit guter Schulbildung aus achtbarer Familie.
J. Kadden, Kolonialwaren, Kamen, Westfstraße 5.

Gut erhaltenes
Kinderbett
zu kaufen gesucht.
Daselbst 1078

Laute
(„Goldklang"), wie neu, zu verkaufen.
Wo? sagt die Geschft.

Prima frischen
Schellfisch
empfiehlt billigst p1118
Josef Kesenbaum.

Sonntag u. Montag sind große u. kleine
Schweine
zu haben bei 1111
von der Heide,
Schlachthofstr. 44.

Eine fast neue
Pumpe
zu verkaufen. 1116
G. Bruns, Gärtnerei,
Roonstraße 101.

Warne jeden, meiner Frau etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Wilh. Möllmann,
Bergkamen, Kirdorfstr. 1.



1110

Ein schwarzer
Teckel
zugelaufen!
Unnaerstraße 163.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Sprechstunden-Verlegung.

Von Montag, den 7. März ab
10½—12 Uhr vormittags
3—4 Uhr nachmittags
im Krankenhause. 1121

Dr. med. Kunsemüller.

MAGGI's Würze

ist bei hervorragender Güte und Würzkraft nur etwa 4 mal so teuer als früher, während andere Nahrungs- und Genussmittel heute mindestens das zehnfache kosten.

MAGGI's Würze

kauft man am vorteilhaftesten in großen Originalflaschen Nr. 6.
Man achte auf unversehrten Plombenverschluß, den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



1088

Nur für Kenner!

Continental-Regen-Mäntel

die führende Marke der Welt.

Alleinverkauf:

Gebr. Hochheimer, Kamen
Inhaber
Karl Schotte 1101
Markt. Fernruf 24. Markt.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.



Möbel-Ausstellung

in 3 neuzeitlich eingerichteten Ausstellungshäusern.
Meine Musterzimmer sind vorbildlich, durch grosse Einkäufe meine Läger reichlich, meine Preise niedrig.

Heinrich Herlitz,
Werkstätten für Handwerkskunst,
Hamm (Westf.).

83

Samstag und Montag:

Prima frisches Fleisch

Heinrich Fühe
Schillstraße 1.

1109



Erhalte heute einen großen Transport große und kleine

Zucht- u. Mastschweine

Verkaufe dieselben Sonntag und Montag zu billigsten Tagespreisen.

H. Bonhoff jun.,
Hammerstr. 194.
— Telephon 393. — 1103

Bekanntmachung.

Gemäß § 4 der Polizeiverordnung über die Bullenkörung für die Provinz Westfalen vom 30. Juli 1901 bringe ich nachstehend die für die Frühjahrskörung festgesetzten **Körtermine** zur Kenntnis.

Für das Amt Fröndenberg:

Freitag, den 11. März,

8½ Uhr Wilhelmshöhe, Wirtschaft Meier,
10 Uhr Frömern, Wirtschaft Heseler,
1½ Uhr Fröndenberg, Gasthof Wildschütz,
3½ Uhr Stentrop, Wirtschaft Leifert.

Für das Amt Rhynern:

Samstag, den 12. März,

7½ Uhr Uentrop, Wirtschaft Korte,
9 Uhr Norddinker, Wirtschaft Richter,
10½ Uhr Braam-Ostwennemar, Wirtschaft Schorlemmer,
1 Uhr Rhynern, Wirtschaft Dohmwirth,
2½ Uhr Kump, Wirtschaft Schneider,
3½ Uhr Flierich, Wirtschaft Bromberg,
4½ Uhr Lenningsen, Wirtschaft Reichenbach.

Für das Amt Unna-Kamen mit den Städten Unna und Kamen:

Montag, den 14. März,

8½ Uhr Methler, Wirtschaft Gerlönnis,
10½ Uhr Niederaden, Wirtschaft Neuhaus,
1 Uhr Kamen, Wirtschaft Reinhard, Schützenhof,
3 Uhr Unna, Wirtschaft Wittler, am Bahnhof,
5 Uhr Stockum, Wirtschaft Schumacher, früher Gillmann.

Für das Amt Pelkum:

Mittwoch, den 16. März,

8 Uhr Lippebrücke, Wirtschaft Schulze-Wedeling,
10 Uhr Overberge, Wirtsch. Schulze-Wiehenbrauk,
1 Uhr Pelkum-Wiescherhöfen, Wirtschaft Sichtermann,
3 Uhr Nordbögge, Wirtschaft am Bahnhof. Kamphmann,
5 Uhr Bönen, Wirtschaft Lohmann.

Hierzu bemerke ich folgendes:

1. Es werden nur Bullen des rotbunten westfälischen Niederungsschlages, die dem Zuchtziele der Rindviehzuchtgenossenschaft des hiesigen Kreises entsprechen, angekört.

2. Die Bullen müssen bei der Vorführung mit Nasenringen versehen sein. Ausnahmen darf die Körkommission zulassen. Die Bullen sind in einem der für ihr Amt bestimmten Termine vorzuführen.

3. Ueber angekörte Bullen werden Deckbücher ausgestellt und gegen Entrichtung der Körgebühren von 2 Mark im Termin ausgehändigt. Bei wiederholter Ankörung werden keine Körgebühren erhoben, doch ist in diesem Falle das im Vorjahre ausgestellte Deckbuch vorzulegen.

4. Die Verwendung nicht angekörter, sprungfähiger Bullen zum Decken fremden Viehes — auch bei Weidegang —, die ordnungswidrige Führung der Deckbücher sowie Zuführung fremden Viehes zu einem nicht angekörten Bullen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft (§ 30 der Bullenkörordnung).

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß acht Geldprämien von insgesamt 500 Mark nach folgenden Gesichtspunkten an die acht besten Bullen verteilt werden; die Höhe der Preise bestimmt die Prämienkommission.

1. Gelegentlich der amtlichen Bullenkörung wählt die zuständige Kommission aus jedem Amte die vier besten Bullen aus.

2. Der Wettbewerb um die acht Geldpreise ist offen für dem festgelegten Zuchtziele entsprechende Bullen sämtlicher Eingesessenen, ebenso für bereits angekörte Genossenschaften, falls sie der amtlichen Körkommission vorgestellt sind.

3. Die Bullen dürfen nicht unter 15 Monate alt sein.

4. Prämiierte Bullen müssen ein Jahr gehalten und der Bullenkörkommission im nächsten Jahre wieder vorgestellt werden. Eignen sie sich später nicht zur Zucht, so dürfen sie nur mit Genehmigung der zuständigen amtlichen Bullenkörkommission vor Ablauf des Jahres veräußert werden.

5. Die Besitzer ausgewählter Bullen erhalten gleich nach dem amtlichen Körtermine Nachricht über Tag, Zeit und Ort der Vorführung zwecks engerer Auswahl. Die Mitglieder des landwirtschaftlichen Kreisvereins werden rechtzeitig und durch das Kreisblatt auf diesen Prämierungstermin aufmerksam gemacht.

6. Weigern Besitzer ausgewählter Bullen eine zweite Vorführung oder sind in einem Amte keine geeigneten Bullen vorhanden, so fällt die Prämie an die Vereinskasse zurück. Eine Uebertragung einer Prämie von einem auf das andere Amt ist nicht zulässig, jedoch kann Besitzern nicht prämiierter Bullen eine Vergütung aus den zur Verfügung stehenden Mitteln von je 5 Mark gewährt werden.

7. Der Ort der zweiten Vorführung im Mittelpunkt des Kreises, sowie Platz und Zeit werden von dem Vorsitzenden der amtlichen Bullenkörkommission bestimmt.

8. Die Besitzer prämiierter Bullen sind verpflichtet, ihre Bullen jährlich bis zu 60 Stück Kühe oder Rinder gegen ein Sprunggeld von 5 Mark decken zu lassen.

9. In jedem Amt wird nach Schluß des letzten Amtskörtermins von der zuständigen Kommission ein Preisrichter gewählt, keiner der vier Preisrichter darf an der Ausstellung beteiligt sein. 1104

Hamm (Westf.), den 1. März 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Englands Stellung bei einem japanisch-amerikanischen Konflikt.

(W) Im Unterhaus fragte Hall, ob die Bedingungen des Abkommens zwischen England und Japan bei einem Konflikt, der zwischen Japan und Amerika entstehen könnte, die Möglichkeit einer Unterstützung Japans ausschlössen. Kellaway erwiderte: Die Beziehungen zwischen England und Japan seien so geordnet worden, daß England nicht in einen eventuellen Krieg mit Amerika verwickelt werde. Den Vereinigten Staaten sei keinerlei amtliche Mitteilung darüber gemacht worden. Es bestehe aber kein Grund zu der Annahme, daß die Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten irgendeinen Zweifel über die klare Lage haben. — Der amerikanische Senat hat einstimmig ein Amendement zum Marineetat angenommen, das den Präsidenten ersucht, eine Konferenz Englands, Japans und der Vereinigten Staaten zur Prüfung der Frage der Abrüstung zur See einzuberufen. Wie verlautet, würden im Laufe der heutigen Senatssitzung neben anderen Fragen auch die Frage über das Kabel auf Yap und Japans Ansprüche auf diese Inseln behandelt.

[illegible] Grey für die Abrüstung.

[illegible] Edward Grey hielt eine Rede über den Völkerbund, worin er sagte, daß man künftigen Kriegen vorbeugen müsse. Dies sei aber nur möglich, wenn es eine Organisation gebe, [illegible] durch die öffentliche Meinung der ganzen Welt Kraft eingeflößt werden könne. Diese Organisation bestehe im Völkerbund. Die stets wachsenden Kriegsrüstungen seien größtenteils die Ursache des Weltkriegs gewesen. Ganz Europa sei ein bewaffnetes Lager gewesen. Die bevölkerte Macht und das Wachstum der deutschen Rüstungen hätten eine der tiefsten Ursachen des Krieges gebildet. Dieser Wettkampf der Rüstungen dürfe nicht wieder aufgenommen werden. Wenn man dies tue, werde ein neuer Krieg entstehen, nicht mit Deutschland oder [illegible], sondern vielleicht auch mit einem andern Lande. Die guten Beziehungen und das Zusammenwirken zwischen England und Amerika seien zum Wohl der ganzen Welt. Diese Frage dürfe aber nicht als ein sentimentales Problem behandelt werden, sie müsse sich vielmehr auf Realitäten stützen. Es sei Tatsache, daß ein Abkommen zwischen England und den Vereinigten Staaten bestehe. Wenn dies durchgeführt werde, werde es künftig keine Kriege mehr geben. Denn in diesem Abkommen stehe, daß die beiden Nationen, wenn sie sich in irgendeiner Frage nicht einigen könnten, einen Untersuchungsausschuß einsetzen würden, der Bericht erstatten und eine Regelung vorbereiten solle. Dies dürfe aber nicht in einer kürzern Frist als der eines Jahres geschehen, so daß, wenn dieses Abkommen eingehalten werde, man immer ein volles Jahr zur Verfügung habe, um die Konsequenzen seiner Tat zu erwägen. Wenn ein solches Abkommen allgemein in der Welt bestünde, würde es wohl nie wieder einen Krieg kommen können.

Unruhen in Triest.

In Triest finden Tumulte statt, die von Stunde zu Stunde einen beunruhigenderen Charakter annehmen. Gerüchte, daß Slowenen sich bei der Besetzung von Logatz Uebergriffe hätten zuschulden kommen lassen, und Faszisten in Pola von Kommunisten beschossen worden seien, veranlaßte die Triester Faszisten, Rache zu nehmen. Sie überfielen zum fünften Male die Druckerei der slowenischen Zeitung, überfielen weiter das sozialdemokratische Arbeiterheim, begossen es mit Petroleum und setzten es in Brand. Es brannte bis auf die Grundmauern nieder. Im Industrieviertel ist es zu größeren Zusammenstößen zwischen Kommunisten, Faszisten und Militär gekommen. Man hört dort dauernd Gewehrfeuer und die Explosionen von Bomben. — In Pisa wurden bei Zusammenstößen zwischen Faszisten und Sozialisten zwei Personen verwundet. Die Elektrizitätsarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. In Florenz haben die Gas- und Elektrizitätsarbeiter einer Aufforderung der Kommunisten entsprechend die Arbeit wieder aufgenommen. Der Zugverkehr setzt wieder ein. Die Stadt ist ruhig. Nach einer ergänzenden Meldung des „Giornale d'Italia" aus Triest haben die Sozialisten, um für die Einäscherung des Gebäudes der Arbeitskammer Vergeltung zu üben, die Bauten von San Marco in Brand gesteckt. Ein Angestellter wurde dabei getötet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Aufruhr in Petersburg.

Es ist während der Amtszeit der russischen Räteregierung schon zu so zahlreichen Aufständen gekommen, sowohl in den verschiedensten Städten wie auf dem Lande, daß derartige Meldungen mit einiger Vorsicht aufzufassen sind. Meist waren sie durch Flüchtlinge mündlich überbracht und durch deren Aufregung wesentlich aufgebauscht; oft infolge des mangelhaften russischen Nachrichtendienstes recht verstümmelt und daher irreführend. Dennoch muß man den seit wenigen Tagen aus Kronstadt, Petersburg und Moskau durchgesickerten Meldungen einige Aufmerksamkeit schenken. Sie zeichnen sich vor den Aufruhrnachrichten der vergangenen Jahre dadurch aus, daß durchweg über eine aktive Teilnahme von roten Truppenkörpern gegen die bolschewikische Regierungsgewalt berichtet wird. Diese Teilnahme scheint dadurch hervorgerufen zu sein, daß die Räteregierung kürzlich den Versuch gemacht hat, die den Soldaten zustehenden Brotrationen, die bekanntlich viel höher waren als die der Zivilbevölkerung, zu kürzen. Man könnte annehmen, daß die Bewegung in der Armee deshalb im wesentlichen einen nicht besonders ernst zu nehmenden Brotaufruhr darstelle. Es dürften jedoch noch gewichtigere Gründe vorliegen, die ganze Teile, und nicht die schlechtesten, der Roten Armee zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt getrieben haben, mit der sie auf Gedeih und Verderb zusammengeschlossen sind. Aus mancherlei Nachrichten der letzten Zeit ist zu schließen, daß unter den Volkskommissaren, mithin in der Regierung selbst, so tiefe Zerwürfnisse stattgefunden haben, daß eine völlige Spaltung eingetreten ist, die sich in der Hauptsache durch die beiden Namen ausdrücken läßt: Lenin gegen Trotzki. Lenin hat dabei überall eine große Mehrheit gefunden. Aber Trotzki hat die Armee hinter sich. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Regierungsgruppe Lenin versucht hat, Teile der ihr unbequem werdenden Armee zu entwaffnen und nach Hause zu schicken. Und diesen Tendenzen scheint sich das Heer jetzt zu widersetzen.

Die Zeitung Hufvudstadsbladet verteilte folgendes Extrablatt: Den von verschiedenen Seiten beim finnischen Generalstab eingelaufenen Nachrichten zufolge bestätigen sich die Meldungen, die früher über Reval eingetroffen sind und von einem Aufruhr in Petersburg berichten. Arbeiter und Matrosen haben sich zusammengeschlossen und kämpfen gegen die Schüler der Militärschule, die eine Stütze der Räteregierung sind. — Die Berlingske Tidende berichtet aus Helsingfors: Von der Grenze wird gemeldet, daß die Garnison von Petersburg unter die Aufrührer Waffen verteile, sich im übrigen aber neutral verhalte. Die Matrosen von Kronstadt haben sich den Aufrührern angeschlossen. Die Inseln Wassili Ostrow und mehrere andre Stadtviertel befinden sich in den Händen der Aufrührer.

Westfalen und Rheinland.

Oelde, 5. März. (**Der „fahrlässige" Kupferschmied von Oelde.**) Originelle Geldscheine hat die Stadt Oelde jüngst in Verkehr gebracht. Auf der Titelseite (die 2 Mark- und die 1 Mark-Scheine sind in Sechsfarbendruck hergestellt) ist ein lokalgeschichtlicher Vorgang aus dem Jahre 1908 verewigt worden, der s. Zt. die Weltpresse beschäftigte. Es handelt sich um die sog. „Geschichte vom fahrlässigen Kupferschmied". Dieser Kupferschmied befand sich eines Nachts auf dem Heimwege von einem Biergelage. Unterwegs benahm er sich so, als wenn er allein auf weiter Flur gewesen wäre. Das hörte ein Hüter des Gesetzes, der in der Nähe patrouillierte. Als der Beamte diese „Respektlosigkeit" rügte, ging der freche Kupferschmied nicht reumütig in sich, sondern noch mehr aus sich heraus, und zwar unter verstärktem Tonfall. Am nächsten Morgen schickte ihm die damalige Ortspolizeibehörde die folgende Strafverfügung ins Haus:

„Sie haben dadurch groben Unfug verübt, daß Sie in der Nacht vom 29. zum 30. März dieses Jahres auf öffentlicher Straße Passanten in absichtlicher Weise durch Darmblähungen belästigt haben. Sie werden deshalb in eine Polizeistrafe von fünf Mark genommen."

Die „Glocke", welche bei der Ausgabe der Scheine die Gesichte aufforscht, war so boshaft, den Wortlaut dieser Strafverfügung zu veröffentlichen, und sie fügte die Bemerkung hinzu, der Kupferschmied entschuldigte sich mit — Fahrlässigkeit. Im Laufe weniger Wochen erhielt der zur Tagesberühmtheit gewordene „fahrlässige Kupferschmied" aus ganz Deutschland Hunderte von Postkarten, meist von Stammtischgesellschaften, die den anrüchigen Stoff in Poesie und Prosa behandelten. Aus den deutschen Zeitungen ging die Nachricht in die Presse aller Länder und Erdteile über. Es lachte der Eskimo, es lachte der Neuseeländer, es lachte die ganze Menschheit. Was der Oelder Kupferschmied verübt hatte, war ja für niemand in der Welt etwas Neues, aber unter Polizeistrafe trat es seit der Erschaffung des ersten Menschen noch nicht. Daher das Aufsehen. Der „New York Herald", der die Sensationsnachricht durch Kabeltelegramm empfing, widmete dem Schicksal des Oelder Kupferschmiedes einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „What happened in Germany" (Was in Deutschland passiert ist). Dies alles und die Lästerzungen seiner Mitbürger wirkten auf das Gemüt des „Fahrlässigen", der Berufung gegen die Strafverfügung eingelegt hatte, derartig ein, daß er am Tage vor der allenthalben mit Spannung erwarteten Gerichtsverhandlung Oelde fluchtartig verließ und nicht mehr gesehen wurde. Nun steht er, verfolgt von einem Jünger hl. Hermandad, auf dem Oelder Stadtgeldschein. Der begleitende Text ist einer jener Stammtischpostkarten entnommen, mit denen der Aermste im Frühjahr 1908 überschüttet wurde.

(TBU) **Osterfeld**, 5. März. (**Durch Haferflocken vergiftet.**) Die Eheleute Bahnbeamter Böing fanden ihre zwei Monate alten Zwillinge tot in ihren Bettchen. Die Todesursache hat noch nicht einwandfrei festgestellt werden können; doch neigt man zu der Annahme, daß die Kinder infolge Vergiftung durch Haferflocken gestorben sind.

Aus aller Welt.

— **Zwischenfall in Schloß Doorn.** Der „Daily Mail" wird aus Rotterdam gemeldet, daß zwei junge Deutsche im Garten von Doorn verhaftet worden sind. Sie erklärten, daß sie zu Fuß aus Deutschland herübergekommen sind, um den Exkaiser zu sprechen. Der eine war im Besitz eines Revolvers. Sie wurden über die Grenze abgeschoben.

— **Der Mörder des Polen David Nazenbaum** (Körner) aus der Petersburger Straße in Berlin ist in der Person eines der Polizei unter dem Namen „Hermann" bekannten Mannes einwandfrei ermittelt. Dieser „Hermann" war jenerzeit von der Kriminalpolizei angehalten worden, als er 50 000 polnische Mark gegen deutsches Geld einzuwechseln versuchte. Das Geld, das damals beschlagnahmt wurde und noch nicht wieder freigegeben worden ist, stammt von „Körner". Bei den weiteren Ermittelungen nach diesem angeblichen Hermann stellte sich heraus, daß dieser in Wirklichkeit der aus Czenstochau gebürtige Josepp Buchwalter ist.

Wochen-Chronik.

Wir Deutschen sind ein wunderliches Völkchen.
— Das haben viele vor mir schon gesagt —,
Zeigt mal am Himmel sich ein leises Wölkchen,
Dann sind gar leicht besorgt wir und verzagt.
Dann sehn wir schon ein böses Wetter nahen
Und fürchten, bald schon bräch' es krachend los —
Und wenn wir schließlich es bei Licht besahen,
Da war's, nun ja, ein harmlos Völkchen bloß.

Und umgekehrt: Wenn schwarz die Wetterwolke
Am Himmel droht, dann reden wir uns ein:
Ein guter Stern steht überm deutschen Volke,
Dann wird, was kommt, nicht gar so schrecklich sein.
So sind Angstmeier wir in kleinen Sachen
Und schaun leichtherzig oft das Schwerste an.
Wohl hat's was Gutes, der Gefahren lachen
Und glücklich mag der sein, der's mutig kann.

Auch jetzt sind wir die reinsten Optimisten.
Obgleich uns Schrecken über Schrecken droh'n,
Läßt sich ein Hoffnungsschimmerchen erlisten,
Gleich sind wir wieder frohen Sinnes schon.
Dies Schimmerchen heißt: „So wie die es kochen
In London jetzt, so heiß ißt man es nicht.
Paßt auf, der Frühling kommt in ein paar Wochen,
Dann zeigt das Ding ein besseres Gesicht."

Du töricht Kind, du Deutscher, hast vergessen,
Wer unsre Feinde sind und was ihr Ziel,
Sie möchten alles, alles sich erpressen,
Und unser Letztes ist noch nicht zu viel.
Mag sich Lloyd George auch etwas milder geben,
Er tut nur so, denn Milde ist ihm fremd,
Sie sagen alle: Geld her oder Leben
Und plündern aus uns, inklusive Hemd.

Nein, Deutscher, über Londons Höllenpforte
Steht es geschrieben: Laß' die Hoffnung draußen —
Und, bester Simons, spare dir die Worte,
Was du auch redest, es kommt nichts heraus.
Das, was uns helfen wird in künft'gen Tagen,
Ist unsre Armut, unsre Bettlernot.
Was haben sie davon, uns zu erschlagen?
Sie schlagen ihre eigne Milchkuh tot.

Was auch geschehe, mögen auch die Flammen
Der Hölle an uns lodern — eins geschieht:
Die bittre Not führt endlich uns zusammen.
Der böse Geist der eignen Zwietracht flieht.
Dann soll die Flamme läuternd uns durchglühen
Und von uns nehmen, was undeutsch und schlecht —
Dann wächst empor aus Sorgen, Not und Mühen
Ein neues, bessres, reineres Geschlecht.

Dortmunder Stadttheater.

Sonntag, 6. März. 11 Uhr. 6. literarische Morgenfeier. Dr. Ernst Leopold Stahl. Einführung in Strindbergs Dramen mit besonderer Berücksichtigung von Strindbergs „Traumspiel". 3—3¼ Uhr. Geschlossene Vorstellung für die christlichen Gewerkschaften. „Jahrmarkt in Pulsnitz". 7 bis 10¾ Uhr. Opernpreise. Neu einstudiert. Zum 1. Male „Hamlet". Vorverkauf Donnerstag. — Montag, 7. März. 7—10¼ Uhr. Geschlossene Vorstellung für den Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften. „Kabale und Liebe". — Dienstag, 8. März. 7—10 Uhr. D 23. Opernpreise. „Der Waffenschmied von Worms". Vorverkauf Sonnabend. — Mittwoch, 9. März. 7—10¾ Uhr. D 23. Schauspielpreise. „Hamlet". Vorverkauf Sonntag. — Donnerstag, 10. März. 5—10¼ Uhr. Außer Vormiete Gastspielpreise. Gastspiele von Kammersängerin Helene Wildbrunn und Hans Winkelmann, Schwerin „Götterdämmerung". Vorverkauf Montag. Brunhilde: Kammersängerin Helene Wildbrunn a. G. Siegfried: Dr. Hans Winkelmann a. G. — Freitag, 11. März. 7—10½ Uhr. Außer Vormiete Schauspielpreise. Zum Besten der oberschlesischen Grenzspende. Zum letzten Male. „Simson". Vorverkauf Dienstag. — Sonnabend, 12. März. 7—9¾ Uhr. Außer Vormiete Gastspielpreise. Zweites und letztes Gastspiel von Kammersängerin Helene Wildbrunn und Hans Winkelmann, Schwerin „Fidelio". Vorverkauf Mittwoch. — Sonntag, 13. März. 11 Uhr. 7. literarische Morgenfeier. Hans Johst, Oberallmannshausen. Eigene Dichtungen. 3—6 Uhr. Opernpreise. „Der Waffenschmied von Worms". Vorverkauf Donnerstag. 7—10 Uhr. Opernpreise. „Der Freischütz". Vorverkauf Donnerstag.

Der Pole giert nur nach der oberschlesischen Kohle; dem Deutschen jedoch sind auch nur die oberschlesischen Mineralschätze willkommen, ihm liegt besonders am Herzen die Abwendung des fürchterlichen Loses, das die oberschlesische Bevölkerung im Verbande der Polnischen Republik erwartet. Deutsche, laßt uns zeigen, daß wir unsere Ueberzeugung durch hilfreiche Tat beweisen können!

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

1. Fortsetzung.

Schloß Rochsberg war ein mächtiges massiges Gebäude im Barockstil. Seine vier Seiten umschlossen einen großen Hof, der im Sommer mit weiten Rasenflächen und Blumenbeeten geschmückt war, und in dessen Mitte ein seltsamer alter Springbrunnen plätscherte. Jetzt war er eingefroren und mit Eiszapfen bedeckt.

Ein großer Teil des Gebäudes war abgeschlossen und unbenutzt, freilich erst seit kurzer Zeit. Der alte Graf hatte sich bis vor zwei Jahren gesträubt, die langen, überflüssigen Zimmerreihen abzuschließen. Aber er mußte es schließlich doch tun. Die Instandhaltung des Schlosses verschlang jährlich eine große Summe. Immerhin war noch der ganze Hauptflügel mit den beiden Ecktürmen bis zu seinem Ende in Benutzung gewesen.

Hans Rochus durchschritt die große Halle und stieg die breite, mit Teppichen belegte Steintreppe empor. Im ersten Stock betrat er das sogenannte Arbeitszimmer seines verstorbenen Vaters. Es glich mit seiner warmen, behaglichen Ausstattung mehr einem molligen Ruheplätzchen. Und das war wohl auch seine hervorragende Bestimmung gewesen. Zu arbeiten pflegte der verstorbene Graf nie. Er unterschrieb nur lässiger, liebenswürdiger Miene, was ihm sein Inspektor oder sein langjähriger Bankier, Herr Peter Ravenport, an Papieren zur Unterschrift vorlegte, ohne zu prüfen. Wenn er nur die gewünschten Gelder erhielt, dann war alles gut. Um weiteres kümmerte er sich nicht.

Als Hans Rochus eintrat, löste sich vom Fenster eine hagere, schwarzgekleidete Männergestalt und schritt ihm entgegen. Es war Peter Ravenport, der Geschäftsführer und Bankier. Sein blasses, scharfgeschnittenes Gesicht war bartlos und von grau meliertem dünnem Haar umrahmt. Aus seinen hellen stechenden Augen flog ein prüfender, abwägender Blick zu dem glänzenden Offizier hinüber.

Hans Rochus reichte ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen, daß Sie geblieben sind, lieber Herr Ravenport."

Peter Ravenport räusperte sich diskret.

„Das wäre auch ohne Ihre Bitte geschehen. Ich habe Sachen von Wichtigkeit mit Ihnen zu besprechen."

Hans Rochus schob ihm mit einladender Bewegung einen Stuhl hin und bot ihm Zigarren an. Peter Ravenport ließ sich nieder, dankte jedoch für die Zigarren.

„Ich rauche nie, Herr Graf."

„Ah so — pardon — ich vergaß."

Hans Rochus stellte die Zigarren wieder fort. Vor innerer Erregung schauerte er wie im Frost zusammen. Mit einem freudlos müden Blick über den winterstarren Schloßpark ließ er sich am Fenster Ravenport gegenüber in einen Sessel gleiten.

„Also die leidigen Geschäfte, mein lieber Herr Ravenport. Wie immer ist der langen Rede kurzer Sinn: Ich brauche Geld — möglichst viel. Die Beisetzungsfeierlichkeiten haben wieder eine große Summe verschlungen. Ich konnte nur aber nicht versagen, meinen Vater auf seinem letzten Wege noch einmal mit all dem Glanz zu umgeben, der ihm Lebensbedingung war."

„Und Ihnen Herr Graf? War dieser Glanz nicht auch Ihnen Lebensbedingung?" fragte Ravenport mit einem eigentümlich forschenden Blick.

Hans Rochus stieß einen tiefen Seufzer aus.

„Ich habe nie ein anderes Leben kennen gelernt. Manchmal kamen mir ernste Gedanken an die Zukunft, und ich versuchte, meinen Vater zu einer anderen Lebensführung zu bekehren. Aber sie kannten ja seine übersprudelnde, genußfreudige Art. Er scherzte meine Bedenken weg, schalt mich einen Sauertopf und lachte mich aus. Da blieb alles beim alten. Aber das brauche ich Ihnen ja alles nicht erst zu erzählen."

„Allerdings nicht, Herr Graf. Ich kenne Sie und Ihren Herr Vater lange genug und weiß, daß Sie eigentlich in einem umgekehrten Verhältnis zu einander standen. Er war trotz seines Alters der Jüngere, der einer Leitung bedurft hätte. Leider hatten Sie nicht die Autorität eines Vaters über ihn. Sie nehmen mir, bitte, meine freie Meinung nicht übel."

„Nein doch — Sie haben ja recht. Aber lassen wir ruhen, was nicht zu ändern ist. Sagen Sie mir lieber, wieviel Sie für mich flüssig machen können."

Peter Ravenport strich sich mit einer eigenartigen Bewegung über das spitze Kinn und kniff die Augen zusammen. Er antwortete nicht sogleich. Erst nach einer Weile richtete er sich steif empor, legte die knöcherne lange Hand auf die Tischplatte und sagte:

„Es tut mir leid, Herr Graf, Ihnen sagen zu müssen, daß ich Ihnen keine, noch so kleine Summe mehr zur Verfügung stellen kann."

Hans Rochus zog die Stirn zusammen und wurde sehr bleich.

„Soll das heißen, daß Sie meine Geschäfte nicht mehr führen wollen?" Ein leises ironisches Lächeln glitt über Ravenports Gesicht. Es gab ihm ein unheimliches Aussehen.

„Es soll heißen, daß es für Sie keine Geschäfte mehr zu führen gibt", antwortete er ruhig.

Hans Rochus strich sich mit bebender Hand über das kurzgeschnittene Haar und starrte wortlos vor sich hin. Peter Ravenport nahm von neuem das Wort. „Ich muß Ihnen leider die sehr unangenehme Eröffnung machen, daß Ihr Besitz schon stark überschuldet ist. Aus alter Anhänglichkeit an Ihren Herrn Vater habe ich ihm und Ihnen bereits mehr Kapital zur Verfügung gestellt, als ich eigentlich verantworten kann. Ich habe Ihrem Herrn Vater noch vor einigen Wochen eine bedeutende Summe vorgestreckt und ihm dabei gesagt, daß es das letzte sein müsse. Er hat mich ausgelacht. Es war aber mein Ernst. Rochsberg ist mit einer halben Million Schulden belastet. In seiner jetzigen Verfassung ist es kaum fünfmalhunderttausend Mark wert, das wissen Sie so gut wie ich."

Hans Rochus fuhr auf.

„Eine halbe Million! Um Gottes willen, wie ist das möglich?"

Ravenport zuckte die Achseln.

„Die Papiere, die meine Aussage bestätigen, befinden sich in dieser Mappe, Herr Graf. Ich habe Sie Ihnen zur Verfügung mitgebracht."

Hans Rochus winkte nervös ab.

„Wie konnte nur eine solche Summe anwachsen?" fragte er außer sich.

Ravenport breitete die Papiere aus.

„Als ich vor dreißig Jahren die Geschäfte Ihres Herrn Vaters übernahm — Sie waren damals gerade auf die Welt gekommen —, da lasteten schon von Ihrem Großvater her schwere Hypotheken auf Rochsberg. Außerdem forderten Park und Schloß hohe Verwaltungsspesen. Die Landwirtschaft bringt zu wenig ein, um den Aufwand zu decken, zumal das beste Ackergelände und ein großer Teil des ertragsfähigsten Forstes abgetrennt und verkauft werden mußte. So sind die Einkünfte immer geringer geworden, während die Ausgaben nicht eingeschränkt wurden. Im Gegenteil. Solange Ihre Frau Mutter noch lebte, wurde ein glänzendes Haus geführt, nach ihrem Tode wurde es eher schlimmer, als besser. Sie wissen so gut wie ich, Herr Graf, daß Ihr Herr Vater nie von Sparen hören wollte, trotz meiner Ermahnungen. Und Sie selbst — bitte, hier liegen die Schuldscheine, die mit Ihrem eigenen Namen unterzeichnet sind. Ich habe Ihnen jedesmal gesagt, daß es so nicht mehr lange gehen kann."

Hans Rochus lehnte sich mit untergeschlagenen Armen an den schönen hohen Kamin und starrte düster vor sich hin. „Ich weiß — ich weiß — an Ermahnungen haben Sie es nicht fehlen lassen. Trotzdem ahnte ich nicht, daß die Verhältnisse so miserabel sind. Das trifft mich hart. Was soll ich nun tun? Helfen Sie, raten Sie mir, lieber Ravenport. Weiß Gott, ich hatte den festen Willen, sehr vernünftig und sparsam zu leben. Nun mein Vater tot ist, hält mich niemand in meinem Entschluß wankend machen können. Aber mit nichts kann ich das unmöglich auskommen. Wissen Sie mir keinen Rat?"

Er trat an den Tisch heran und sah mit brennenden Augen in das kalte, unbewegte Gesicht des Bankiers.

Dieser trommelte wie nachdenklich auf die Tischplatte. Dann sagte er ruhig:

„Rochsberg müßte natürlich verkauft werden. Ich glaube allerdings nicht, daß es im günstigsten Falle mehr denn fünfmalhunderttausend Mark bringt."

Hans Rochus machte eine ungeduldige Bewegung.

„Damit ist ja nicht einmal Ihre Forderung gedeckt."

„Leider nicht. Wie gesagt — ich ließ mich in meiner Freundschaft für Ihren Herrn Vater verleiten, mehr zu geben, als ich eigentlich verantworten [illegible] Herrn Und schließlich mußte ich Rochsberg [illegible] berger außerordentlich wertvoll sich, wie glaube, [illegible] ersten Bearbeiter. Dann bliebe [illegible] lich um [illegible] gelegenheiten, und von hundert send Mark [illegible] einen zu fordern hätte."

Hans [illegible] krampfhaft auf. „Wenn [illegible] liche Aussicht [illegible] heauftrag, wenn ich Rochsberg drangäbe, bliebe [illegible] Unkel eines Ueberseers eine Schuld von [illegible] tausend Mark. Soll ich sie bezahlen [illegible] leben zu können, von leben? Ich fürchte, mein lieber [illegible] Ausschlagen oder in Amerika durch uns Verlustbringend wie das andere. Die hätte, — wie soll [illegible] Selbstverhöhnung in seinen Ihnen gerecht [illegible] rummert und ha[illegible] vor den Kopf [illegible] Kellner oder [illegible] fristen. Eins [illegible] lag eine grim[illegible] Worten.

(Forts. folgt.)

Einheitlicher Schulbeginn im Reich.

Der bayerische Staatshaushalts-Ausschuß nahm die Regierungsvorlage betr. die neue Schulordnung für Bayern, die sich in ihren Bestimmungen den übrigen Ländern im Reiche anschließen, mit 19 Stimmen an. Der bayerische Kultusminister Dr. Matt erklärte dazu, daß Bayern mit seiner Anregung zu einer erneuten Prüfung der Frage weder bei der Reichsregierung noch bei den Landesregierungen irgendwelche Gegenliebe gefunden habe. Er wies dann auf die triftigen Gründe hin, die für einen einheitlichen Schulbeginn für alle Schulgattungen in allen Ländern sprechen und bemerkte, daß Bayern jetzt nichts anderes übrig bleibe, nachdem alle süddeutschen Staaten zum Frühschulbeginn übergegangen sind, als ihrem Beispiel zu folgen. Der Schulbeginn soll künftig nicht auf den veränderlichen Ostertermin, sondern auf Anfang Mai verlegt werden. Die Hauptferien, die auf sechs Wochen zu verkürzen sind, werden wie bisher, in die Monate August und September gelegt werden. Der Kultusminister betonte, daß die Beibehaltung der bisherigen Ferienordnung in Aussicht genommen sei. — Zu Ostern wird also im ganzen Deutschen Reiche der Schulschluß einheitlich sein und nicht mehr wie früher, verschieden, da in Süddeutschland das Schuljahr erst im August schloß. So sind wir also auch auf diesem Gebiet zu einer Einheitlichkeit gelangt.

Der Abstimmungs-Verkehr für Oberschlesien.

250 Sonderzüge.

Zu der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien hat die Eisenbahnverwaltung zur Sicherstellung der rechtzeitigen Beförderung und des Eintreffens im Abstimmungsgebiete selbst umfangreiche Maßnahmen getroffen. Den Schwerpunkt des eigentlichen Abstimmungsverkehrs, der Dienstag, den 8. März einsetzt, bildet ein Sonderzugprogramm von etwa 250 Sonderzügen, die aus allen Gegenden Deutschlands während einer eintägigen Transportperiode in das Abstimmungsgebiet gefahren werden sollen. Von diesen Sonderzügen sollen etwa 90 in Schlesien selbst, und 60 in Berlin und etwa 35 in Westfalen begonnen, während aus den übrigen Gegenden des Reiches entsprechend ihrer geringeren Bevölkerung mit Stimmberechtigten verhältnismäßig weniger Züge gefahren werden. Die Stimmberechtigten aus Ostpreußen gelangen z. T. über den Seeweg Pillau-Swinemünde nach Berlin, von wo aus ihre Weiterbeförderung in Sonderzügen erfolgt, oder sie benutzen die Schnellzüge Ostpreußen—Berlin.

Jeder Sonderzug hat einen entsprechenden Gegenzug, so daß diejenigen Reisenden, die zuerst in das Abstimmungsgebiet befördert werden, auch zuerst wieder die Rückfahrt antreten können. Die besonderen Abstimmungsfahrscheine werden nur durch die beteiligten Organisationen ausgegeben und laufen auf bestimmte Tage und Züge in beiden Fahrtrichtungen. Zur glatten Durchführung des Abstimmungsverkehrs wird, wie wir erfahren, die Eisenbahnverwaltung eine scharfe Kontrolle über die Einhaltung des Tages und Zuges ausüben. Jeder Zug wird etwa 800 bis 1000 Reisende befördern.

Die neuen Bündnisbestrebungen im Osten

Unter der Ueberschrift „Gefährliche Versuche" beschäftigt sich das „Agramer Tageblatt" im Anschluß an die Reise des Fürsten Sapieha nach Bukarest zum Abschluß eines von Frankreich unterstützten Bündnisses zwischen Polen und Rumänien mit der Nachricht des „Tempo", daß Frankreich neben dem polnisch-rumänischen auch ein Bündnis zwischen Bulgarien und Ungarn, beide mit antibolschewistischer Tendenz, herbeiführen wolle. Das Agramer Blatt weist dabei auf eine durch die Zensur unterdrückte Meldung einer Budapester Zeitung hin, die mit großem Pompe die angeblich bevorstehende Frühjahrsoffensive gegen Sowjetrußland unter Teilnahme Ungarns ankündigte und ausführte, der französische Delegierte in der interalliierten Kommission in Budapest habe aus diesem Grunde die Verschiebung der Entwaffnung Ungarns beantragt. Das kroatische Blatt ist sehr erregt über diese Nachrichten und sagt, daß für die künftige Gestaltung der politischen Lage in Europa ernste Gefahren erwüchsen. Wiener Blätter hätten die Nachricht gebracht, Italien liefere Horthy anstatt Lebensmittel Munition und Geschütze. Der ungarische Gesandte in Wien habe recht zweideutig in der „Morning Post" die Absicht Ungarns zu einem Angriff auf Sowjetrußland dementiert. Die Vertreter der Entente hätten gestern gegen die Habsburger-Propaganda protestiert, um heute diesem Protest zu widersprechen. Das alles sei vielsagend. Das Blatt fragt: „Gegen wen ist das Bündnis zwischen Ungarn und Bulgarien gerichtet?" und kommt zu dem Schluß, seine Front sei gegen die kleine Entente. Horthy, sagt das Blatt, wolle dafür, daß er vor zwei Jahren die österreichische und die ungarische Flotte dem südslawischen Nationalrat ausliefern mußte, Rache nehmen. Auf der Ententeseite gebe es andererseits heute noch allzuviele, die sich von dem pompösen Auftreten der ungarischen Tories bestechen und irreführen ließen. „Oder", fragt das Blatt, „will etwa Frankreich durch das Phantom einer reaktionären Restauration in Mitteleuropa die kleine Entente bewegen, sich der Aktion gegen Sowjetrußland anzuschließen?" Niemals tue das die große Entente.

Ungeheuerlicher Bruch der Interalliierten Kommission.

Was bisher Gerüchte noch waren, in den Schatten gestellt, das Peinliche gemeldet. Dort sollte Donnerstag der Prozeß gegen den einen der 4 Herausgeber der Zeitung „Wola Ludu", Throsti[illegible] beginnen. Am 22. Februar ließ der oberste Justizkommissar der Interalliierten Kommission in Oppeln den Beuthener Staatsanwalt mit den Prozeßakten zu sich rufen und erklärte ihm, daß die Akten erst geprüft werden müßten, ehe der Prozeß stattfinden könne. Falls der Prozeß stattfinden könne, würden die Akten zurückgegeben, andernfalls werde die Interalliierte Kommission die 80 Zeugen und Sachverständigen telegraphisch abbestellen. Der Oberstaatsanwalt protestierte energisch gegen den Verdacht, der von der Interalliierten Kommission gegen die deutsche Justizbehörde erhoben wurde, und erklärte, die Akten nur der Gewalt weichend auszuliefern. Der Oberregierungsanwalt der Interalliierten Kommission brigne die Ungeheuerlichkeit, mit Zwang zu drohen, worauf die Akten ausgeliefert wurden. Die Interalliierte Kommission hat die Zeugen tatsächlich abbestellt und somit den Prozeß verhindert. Doch nicht genug damit! Am Donnerstag früh um 5 Uhr holten französische Offiziere mit einer Anzahl Soldaten den Mörder gewaltsam aus dem Gefängnis. Trotzdem Angeklagter und Akten nicht zur Stelle waren, begann das Gericht die Verhandlung. Das Gericht beschloß einen energischen Protest gegen diesen völlig rechtswidrigen Eingriff der Kommission und vertagte die Verhandlung, weil sie unmöglich geworden war. Angeblich soll der Prozeß nun vor dem „unparteiischen" Obergericht der Interalliierten Kommission verhandelt werden.

Dieses unerhörte Vorgehen der Franzosen ist eine reine Parteinahme für das polnische Plebiszitkommissariat, denn sowohl der Angeklagte Myrczik wie seine flüchtigen drei Spießgesellen waren Angestellte des polnischen Plebiszitkommissariats. Es ist mehr als bezeichnend, daß sich die Interalliierte Kommission schützend vor einen der Mordanstiftung stark verdächtigten Beamten des polnischen Plebiszitkommissariats stellt.

Die Stimmung im Rheinlande.

(TU) Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet hat neuerdings bei der interalliierten Rheinlandkommission nachdrückliche Vorstellungen gegen die in den letzten Monaten erlassenen Maßnahmen erhoben. In Verfolg dieser Vorstellungen hat die interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, eine Anzahl Vertreter der rheinischen Bevölkerung über die Stimmung in der Bevölkerung über diese Maßnahmen zu hören. So sind Vertreter der Presse, der katholischen und evangelischen Kirche und der Universitäten im Rheinland eingeladen. Der Reichskommissar hat indes darauf hingewiesen, daß auch die Abgeordneten der besetzten Gebiete als berufene Vertreter des Rheinlands angehört werden müßten. Dem Vernehmen nach will die Rheinlandkommission demnächst auch Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Organisationen hören.

Fremde Sozialisten in München.

Die Unabhängigen Münchens veranstalteten drei Versammlungen, in denen englische und französische Sozialistenführer, die vom Wiener Sozialistenkongreß zurückgekehrt waren, sprachen, darunter die bekannten Franzosen Longues und Mastral. Longues erklärte, daß die Pariser Bedingungen die Versklavung der deutschen Arbeiter bedeute und daß die französischen Genossen mit aller Kraft dagegen auftreten werden, daß die französische Regierung diese Forderungen verwirkliche. Bemerkenswert war, daß Longues München als den Vorort der Revolution bezeichnete. Der Engländer Riley erklärte, er begreife heute, was es heißt, wenn Tausende von Müttern ihre Kinder hungern und dahinsterben sehen müssen. Die englischen Genossen werden alles tun, damit die Pariser Beschlüsse und der Friedensvertrag von Versailles vernichtet werden. Im Anschluß daran sprachen auch andere Redner.

Eine Protestversammlung der Saarbergarbeiter.

(TU) Als Protest gegen die Lohnkürzung der Bergarbeiter und die neue Arbeitsordnung für die Saargruben hielt der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter eine stark besuchte außerordentliche Revierkonferenz ab, in der das Vorgehen der Bergverwaltung unter scharfer Kritik als rigoros bezeichnet wurde. Einen Sturm der Entrüstung rief der von einem Gewerkschaftsführer vorgelegte Entwurf der neuen Arbeitsordnung hervor, der außer vielen anderen Verschlechterungen die Nichtbezahlung der Urlaubstage vorsieht. Alle Versammlungsteilnehmer waren sich darüber klar, daß die gesamte Bergarbeiterschaft in der Abwehr einig zusammenstehen müsse. Von einem Streik könne keine Rede sein, aber die alten verbrieften Rechte der Bergarbeiter müßten verteidigt werden. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurden in diesem Sinne drei Resolutionen angenommen.

Absichten des neuen Präsidenten.

Die „Times" meldet aus Washington über das Programm des neuen Präsidenten für die auswärtige Politik Amerikas, daß er dem Kongreß eine Entschließung ähnlich der des Senators Knox unterbreiten wird, in der der Kriegszustand zwischen Amerika einerseits und Deutschland und Oesterreich anderseits für beendet erklärt wird. Der neue Staatssekretär Hughes hat mit zahlreichen Politikern über die in der auswärtigen Politik zu befolgenden Richtlinien beraten. Unter den ihm unterbreiteten Ansichten befand sich die offene Erklärung, daß die einzige Hoffnung für eine einigermaßen baldige Erholung Europas darin liege, daß England und Amerika ihre festländischen europäischen Schulden streichen und die Regelung der deutschen Wiederherstellungen vereinfachen, um die Gefahr, die in einer französischen Drohung, deutsches Gebiet zu besetzen, liege, zu beseitigen. Soweit beurteilt werden kann, erwägt die neue amerikanische Regierung noch nicht eine Streichung dieser Schuld. Der Urheber dieses Gedankens vertritt jedoch eine wachsende Zahl von Amerikanern.

Der amerikanische Funkdienst meldet auch noch, daß nach der Herstellung des Friedenszustandes der neue Präsident mit dem Deutschen Reich Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrags einleiten wolle, der so gehalten wäre, daß gewisse Angelegenheiten, die in dem Vertrage von Versailles behandelt sind, mit geregelt würden, da die Vereinigten Staaten nicht als Teilnehmer an diesem Vertrag aufträten. Man wolle in Amerika die unliebsame Formel von einem Sonderfrieden nicht anwenden, und begnüge sich mit der einfachen Erklärung, daß der Kriegszustand beendet sei, worauf dann dem Abschluß eines Handelsvertrags nichts mehr entgegenstehen würde.

Die Bewertung der bereits gelieferten Sachleistungen.

Der „Temps" behandelt in einem Leitaufsatz wiederum die Frage der Bewertung der von Deutschland bis heute abgelieferten Entschädigungen in Gestalt von Sachleistungen. Deutschland bewerte diese Lieferungen auf 21 Milliarden Goldmark, die Verbündeten aber hielten sich an ihre Schätzungen und erklärten, sie hätten nur Werte im Betrag von 8½ Milliarden Goldmark erhalten. Ein Fall interessiert das Blatt hauptsächlich: Die Berechnung der deutschen Handelsmarine. Es liefert hierfür einige Angaben, die bis jetzt in der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt geworden sind. Deutschland habe 1814000 Tonnen Schiffsraum abgeliefert; davon habe England erhalten 1458000 Tonnen, Frankreich 167000 Tonnen, Italien 125000 Tonnen. Am 16. Juli sei in Spaa ein Abkommen angenommen worden, das bestimme, daß der Betrag, der für den Verkauf der deutschen Schiffe in England einkomme, vor dem 1. Mai 1921 auf das Konto der Wiederherstellung verrechnet werde. Die Verkäufe seien in einer wirtschaftlichen Krise erfolgt und hätten deshalb einen Mindervertrag ergeben. Während der Konferenz von Spaa hätte man die Tonne Schiffsraum mit 36 Pfund Sterling berechnen können, obwar auch dieser Preis noch um ein Drittel oder um die Hälfte geringer gewesen sei als der, den man vorher hätte erzielen können. Heute spreche man von 17 Pfund Sterling die Tonne. Der „Temps" vertritt also die Ansicht, daß England ein sehr gutes Geschäft gemacht habe, freilich hätten Frankreich und Italien in gleicher Weise von dieser Verrechnungsmethode Nutzen gezogen. Noch eine weitere Maßnahme gefällt dem Blatt nicht. Anstatt England die erzielten Frachtsätze anzurechnen, die vom Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrags hätten laufen müssen, sei in Spaa bestimmt worden, daß nur 5 v. H. Zinsen bis zum 1. Mai 1921 berechnet werden dürften. Durch diese Berechnungsart sei Deutschlands Schuld herabgemindert worden. Der Temps stellt die Frage, ob die Verbündeten berechtigt gewesen seien, den Friedensvertrag abzuändern. Sie hätten eine Abschätzungsmethode angenommen, sich also ein Recht angemaßt, das ihnen der Vertrag nicht zuerkenne. Wenn Deutschland mit allen Verbündeten, die den Friedensvertrag unterzeichnet hätten, über diese Methode einig geworden wäre, dann hätte es sich um eine Abänderung des Vertrags gehandelt, die das französische Parlament hätte gutheißen müssen. Die deutsche Regierung erkläre, der Wert der von ihr gelieferten Schiffe belaufe sich auf sieben Milliarden Goldmark, nach dem System von Spaa käme man nur zu einer halben Milliarde. Wie der Temps sagt, hat der Wiederherstellungsausschuß sich geweigert, die Berechnungen in diesem Sinne vorzunehmen; das sei eine gerechte Entscheidung.

Die Wohnsteuer.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags setzte seine Beratungen über den Gesetzentwurf betreffend die Wohnsteuer bei Paragraph 4 fort, worin ausgesprochen wird, daß die Abgabe nach dem jährlichen Nutzungswert zu berechnen ist. Die obersten Landesbehörden haben die Ausführungsbestimmungen dazu erlassen. Ministerialdirektor Crüger teilte mit, daß der Nutzungswert sämtlicher Gebäude auf rund 4,5 Milliarden Mark geschätzt werde. Nach Abzug der für die Abgabe nicht in Betracht kommenden Gebäude verbliebe ein Nutzwert von etwa 3,5 Milliarden, so daß auf eine Einnahme an Abgaben von 350 Millionen Mark zu rechnen wäre. Mit dem aus dieser Summe verzinsbaren Kapital könnten etwa 100000 Wohnungen gebaut und der Wohnungsnot so zu Leibe gegangen werden. Der Paragraph 4 wurde in seinem ersten Teil unverändert angenommen. Der zweite Absatz wurde wie folgt gefaßt: „Bei Dienstwohnungen ist als Nutzungswert der Teil der Besoldung der Dienstwohnungsinhaber anzusehen, der nach Feststellung der Dienstaufsichtsbehörden nach den am 1. Juli 1914 gültigen Vorschriften für die derzeitige Inanspruchnahme der Wohnung angemessen gewesen ist." Paragraph 5 lautet: „Die Abgabe beträgt 5 v. H. des Nutzungswerts." Nach Paragraph 6 erhalten die Gemeinden das Recht, Zuschläge von 5 v. H. zu erheben. Die Bestimmungen des Paragraphen 6 wurden angenommen, ebenso Paragraph 7.

Weitere Nachrichten.

— **(Der Verkehrshaushalt vor dem Hauptausschuß.)** Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der Weiterberatung des Verkehrshaushaltes darauf hingewiesen, daß die Beamten der bayrischen Eisenbahnverwaltung in höhere Gehaltsgruppen eingestuft seien, als in Preußen. Die Regierung sagte einen Ausgleich für die preußischen Beamten zu. Ein Zentrumsantrag, die Ausgleichszulagen der Eisenbahnarbeiter, die nach der Einführung des Reichstarifes abgezogen werden müssen, nur allmählich abzuziehen, wurde abgelehnt. Der Ausschuß vertagte sich auf Freitag.

— **(Defizit im bayrischen Haushalt.)** Im Finanzausschuß des Landtages erklärte heute Finanzminister Dr. v. Krausnick, daß der Haushalt für 1921 nach den bisherigen Feststellungen mit einem ungedeckten Fehlbetrag von rund 370 Millionen Mark abschließen wird.

— **(Belagerungszustand und Standrecht im Abstimmungsgebiet.)** Um die ruhige Durchführung der Abstimmung zu gewährleisten, wird die interalliierte Kommission schon in den nächsten Tagen über das Abstimmungsgebiet sowohl den Belagerungszustand als auch das Standrecht verhängen. Politische und sonstige Versammlungen werden während der Dauer des Belagerungszustandes verboten sein. — Nach einer Anordnung der alliierten Regierung und der Plebiszitkommission sollen die Personen, die am 20. 3. nicht abstimmen können, wie z. B. Abo-Beamte, Beamte der Strafanstalten und sonstige Polizeibeamte am 13. 3. abstimmen.

— **(Zum Fall Erzberger.)** Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung in der Steuerangelegenheit Erzberger auf das dringende Ersuchen Erzbergers hin, die Immunität des Abg. Erzberger für diesen Fall aufzuheben. Der Beschluß wurde gegen 4 Stimmen gefaßt.

— **(Antrag auf Verschiebung der Landwirtschaftskammerwahlen in Preußen.)** Der deutschnationale Abgeordnete von Kries hat an das Preußische Staatsministerium folgenden Antrag gerichtet: Die Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März ds. Js. trifft mit den Landwirtschaftskammerwahlen in Preußen zusammen. Dieses Zusammentreffen ist für die sachgemäße Abwicklung der Landwirtschaftskammerwahlen sicher nicht förderlich. Für das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien kann es von den schwerwiegendsten Folgen begleitet sein. Es erscheint daher dringend wünschenswert — und dieser Wunsch ist auch bereits aus Kreisen der Abstimmungsberechtigten an mich herangetreten — daß die Landwirtschaftskammerwahlen auf einen späteren Termin vertagt werden möchten. Da der nächstfolgende Sonntag der Ostersonntag ist und als solcher wohl als ungeeignet ausscheiden muß, käme für die Landwirtschaftskammerwahlen als frühester Termin wohl der 3. April in Frage.

— **(Eine Kohlenkrise in Belgien.)** Die allgemeine Wirtschaftskrise in Belgien hat nun auch auf die Kohlenindustrie übergegriffen. Fortdauernd entlassen die Grubendirektionen Arbeiter. Der belgische Ministerpräsident hat dem Brüsseler Vertreter des „Petit Parisien" folgende bemerkenswerte Erklärung gegeben: Wir haben heute eine tatsächliche Kohlenkrise, die dazu zwingt, daß große Betriebe ihre Produktion einschränken und ihre Arbeiter verabschieden. Eine der Ursachen dieser Krise ist die Ueberfülle mit deutscher Kohle. Infolge der Ausführung des Friedensvertrages sind wir, so paradox es klingen mag, mit deutscher Kohle überlastet. Andererseits aber leiden wir an der Nichtausführung gewisser Bestimmungen, die die Deutschen besser respektieren könnten.

Vereinsnachrichten.

Kamen 5. März. **(Sauerländischer Gebirgs-Verein.)** Mit dem morgigen Sonntage beginnen im S. G. V. die diesjährigen Wanderungen. Als Ziel der ersten Wanderung ist der Balver Wald vorgesehen. Treffpunkt in Kamen Sonntag morgen 5.40 Uhr: Bahnübergang, ab Unna mit dem Zuge 6.28 Uhr nach Menden. Der Wanderplan für das Jahr 1921 wird demnächst an dieser Stelle veröffentlicht.

Konzert, Theater 2c.

Kamen 5. März. **(Froher Abend.)** Dr. Friedrich Castelle, der als einer der echtesten deutschen Vortragsmeister gilt, kommt am Montag auf Veranlassung des Vereins für Frauen-Interessen nach Kamen und veranstaltet hier einen Frohen Abend. Die „Düsseldorfer Zeitung" schreibt über die Vortragskunst Dr. Castelles: Einfach und schlicht sprach der Vortragende, ohne die Gespreiztheit und Effekthascherei so mancher Vortragskünstler. Seine Stimme, die klangvoll und stark ist, beherrscht er in allen Lagen wie der Meister des Orgelspiels die Register seines Instruments. Und was das Höchste seines Vortrages ist: Er legte seine Seele mit hinein, eine tiefempfindende Dichterseele. Die Zuhörer schieden mit dem Wunsche, solche Abende noch oft erleben zu können." Und der plattdeutsche Dichter Augustin Wibbelt urteilt: „Castelle besitzt die beiden unentbehrlichen Vorbedingungen für die wirksame Ausübung der Vortragskunst, nämlich eigene poetische Begabung, die sich in die darzubietenden Dichtungen mit tiefem Verständnis einzufühlen versteht, und starke schauspielerische Begabung, die das innerlich Erfaßte plastisch zu gestalten und wirksam zum Ausdruck zu bringen vermag. Als Dichter zeigt Castelle die ausgeprägt westfälische Eigenart der verhaltenen, ernsten, oft schwermütigen Stimmung; aus seinem Vortrag dagegen sprüht ein heißes Leben, das die stärksten Akzente der Leidenschaft und den übermütigsten Humor mit gleicher Meisterschaft beherrscht. Da er zudem des Plattdeutschen wie kaum ein anderer vollkommen mächtig ist und es vor allem so spricht, daß auch jeder Nichtniederdeutsche mit höchstem Genuß zu hören kann, so besitzen wie in Castelle den vornehmsten Ausdeuter und Nachgestalter der niederdeutschen Dialektdichtung". — Es steht der Kamener Bürgerschaft ein hoher Kunstgenuß bevor, dem sich hoffentlich viele hingeben werden.

Kamen 5. März. **Die Sänger-Vereinigung** gibt am 2. Ostertag (28. März) ihr diesjähriges Frühjahrs-Konzert im Schützenhof. Der Verein tritt mit einigen neuen Chören an die Oeffentlichkeit und zwar wird er erstmals singen „Vineta" von Abt, „Morgenlied" von Rietz, „Waldesstimmen", welches der Dirigent der S.-V. Herr Heinermann komponierte, „An die Heimat" von Jüngst u. a. Außerdem werden eine auswärtige Sängerin und ein Geiger solist in dem Konzert mitwirken und das Programm vielseitig gestalten. Wir weisen schon jetzt auf diese konzertliche Veranstaltung empfehlend hin.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Lutherkirche. 9 Uhr: Pastor Ewald. 10 Uhr: Beichte und Lutherisches Abendmahl. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. 3 Uhr: Kirchentaufen. 2 Uhr: Prüfung, Pastor Philipps. — Paulskirche. 10 Uhr: Pastor Kochs. 3 Uhr: Prüfung, Pastor Giesecking. — Passionsandacht Mittwoch 8 Uhr: Pastor Giesecking. — Krankenhaus Freitag 5 Uhr: Pastor Kochs.

Wetterbericht.

6. März: Tags milde, Nachts kalt, Sonne, Wolken.
7. März: Wenig verändert.
8. März: Wolken, teils Sonne, Tags milde.
9. März: Stark wolkig mit Sonne, später heiter, milde. Strichweise Niederschlag.
10. März: Sonne, Wolken, milde.
11. März: Kaum verändert. Später wolkig.
12. März: Wolkig mit Sonne, milde. Strichweise Regenfälle.

Oberschlesien ist eine der beiden Lungen unseres wirtschaftlichen Lebens, uns diese Lunge rauben, das heißt, uns zum Krüppel machen und die deutsche Bevölkerung ins Elend polnischer Wirtschaft stoßen. — Spenden für Oberschlesien nimmt der Ausschuß für Oberschlesierhilfe, Kamen, Markt 4, Zimmer 1, entgegen.

Prima Rotklee
seidefrei a Pfund **13.50** Mk.
Weißklee, Gelbklee, Runkelsamen
sowie alle Gartensämereien liefert
Gärtnerei Hölter,
Niederaden, Telefon 481 Lünen.

Städtische höhere Mädchenschule.

Aufnahmeprüfung für das neue Schuljahr Samstag, **den 19. März, nachmittags 3 Uhr.** Anmeldungen werden täglich von 12—1 Uhr im Schulhause entgegengenommen. Dabei sind vorzulegen: Geburtsschein, Impfschein, letztes Schulzeugnis. 1089

Die vertretende Leiterin:
Schulze-Kump.

Bekanntmachung.

In der Zusammenlegungssache von Kamen soll am **Donnerstag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr,** in der Wirtschaft Dröge (fr. Goertz) hier, die Grasnutzung an den öffentlichen und Wirtschaftswegen öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verpachtet werden.

Kamen, den 5. März 1921.

1074 **Die Deputierten.**

Aufgebot.

Die Witwe Philipp Herz, Sara geb. Blumenthal, in Werne a. d. L., vertreten durch den Rechtsanwalt Capelle, daselbst, hat das Aufgebot bezüglich des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Oberberge, Band 123, Artikel 32, am 7. Oktober 1909 in Abteilung III unter Nr. 6 für den verstorbenen Ehemann der Antragstellerin, den Kaufmann Philipp Herz in Werne, eingetragenen Darlehnshypothek von 1000 Mark zu 5 Prozent jährlich, seit dem 1. Oktober 1909 verzinslich, nach sechsmonatiger Kündigung rückzahlbar, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 20. Juni 1921, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 1079

Kamen, den 28. Februar 1921.

Das Amtsgericht.

Die Ausführung einer elektrischen Licht- und Kraftanlage ist Vertrauenssache.

Bei einer gutausgeführten Installation sind Reparaturen ausgeschlossen.

Nur der Fachmann bietet Gewähr für gute und sachgemäße Arbeit.

Diese gewährleistet Ihnen die Firma

Alfred Funke,

Kamen Telephon 24. — **Mengede** Telephon 342.

Motore in jeder P.S. — Beleuchtungskörper in jeder Stilart und Preislage. — Elektrische Bügeleisen, 2 Jahre Garantie für den Heizkörper. — Glühlampen bis 50 N.K., 14.50 je Stück. — Gasgefüllte Lampen (Halbwatt) zu Listenpreisen.

Verlangen Sie unverbindlichen Kostenanschlag und Vertreter-Besuch. 137

Wiederverkäufer

kaufen

Zigaretten

Kassato: Sport, Aktiv, Virginia, Kassato-extra

Oldenkott: Oldo, Silbener Stern, Goldener Stern (pro Mille 1 Kartenspiel).

Malzmann: Höhenrekord, Herzogspaar, Malzmann-Klasse, Malzmann extra von Kennern immer bevorzugt!

Yenidze: Salem Gold-grau, (pro Mille 1 Kartenspiel) Salem Aleikum

Ecksteins Marken nur in geringen Mengen z. haben.

Lypstadt & Co. Remonte, Robber, Luffo

bei größter Auswahl zu Original-Fabrikpreisen nur bei 430

Hans Dolle,

Fernruf 2. **KAMEN** Markt 16.

Größte Spezial-Großhandlung in Tabakwaren.

Verein ehem. Pioniere und Verkehrstruppen, Kamen u. Umgegend.

Versammlung

am **Sonntag, 6. März, nachm. 5 Uhr,** im Vereinslokal. 1090

Der Vorstand.

Radfahrer-Verein „Germania", Weddinghofen.

Sonntag, d. 6. d. M., nachmittags 2 Uhr:

General-Versammlung

im Vereinslokale des Wirts Klute. 1092

Der Vorstand.

Lichtspielhaus Knieben

Unna.

Freitag — Samstag — Montag: 7½ Uhr: Abendvorstellung.

Sonntag von 1 Uhr ab: Ununterbrochen Vorstellung.

Der größte Detektiv- und Verbrecherfilm:

Whitechapel

Das berüchtigte Verbrecherviertel Londons.

Eine Kette von riesig spannenden Abenteuern, den Londoner Polizei-Akten nacherzählt, in 6 außerordentlich aufregenden Akten.

In der Hauptrolle: Hans Mierendorf, der berühmte Harry Higgs-Darsteller.

1097 Ferner:

Ein gequältes Mutterherz

Das wandernde Bild

Eine schicksalsreiche Liebestragödie in 5 herzergreifenden Akten.

In der Hauptrolle: Mia May, der Liebling des Publikums.

Ein nächtlicher Ueberfall

Ein reizendes Lustspiel.

In der Hauptrolle: Leo Peukert.

Zur Einsaat

frisch eingetroffen!

Prima böhm. Rotklee (garant. 98 % keimfähig) seidefrei

Prima schlesischen Rotklee

Prima Weißklee

Prima Schwedenklee

Prima Gelbklee

Prima Thymothe

Prima Seradella

Prima Runkelsamen gelbe u. rote (Original Eckendorfer Riesen-Walze)

Prima Rukuelsamen (Original Friedrichswerter Zucker-Futter-Walze)

Prima Großebohnen zum Pflanzen

Prima Saaterbsen } in vielen Sorten

Prima Saatbohnen }

Sämtliche Sämereien

in nur bester, sortenechter, hochkeimfähiger Ware.

1008

Arnold Wiemer Kamen

Fernruf 6. Fernruf 6.

Rauchtabak

Blaue Wolke, Feinschnitt, leicht und angenehm.

Förstertabak, Grobschnitt, mild und bekömmlich.

Kautabak, beste, saftige Friedensqualität aus der Fabrik von Aug. Chr. Steneberg, Barntrup, gegr. 1805.

Fabrikniederlage

für Kamen und Umgegend:

Karl Gössmann,

Tabak-Grosshandlung

Kamen, Weststrasse 18.

1117 Fernruf 297.

Freuden der Jugend kehren wieder

bei Gebrauch der echten **„Wotanol" - Pillen.** Das Präparat beruht auf wissenschaftl. Grundlage. Gegen Nervenschwäche. Ihre **Arbeitskraft** wird verjüngt, daher kann der Erfolg in Ihrem Berufsleben nicht ausbleiben. Originalpackg. M. 25.— frko. verschl. gegen Nachnahme.

Lucerna-Tabletten

bewährtes Mittel gegen Rheuma, Gicht usw. M. 18.— franko gegen Nachnahme. Richtig angewandt — Immer Erfolg. 595

Dr. Ad. Meyer, Hamburg 20

Tarpenbeckstr. 683.

Verein für Frauen-Interessen

1072 **Kamen.**

Montag, d. 7. März, abends 8 Uhr, im Drögeschen Saale (früher Goertz):

Froher Abend

von Dr. Friedrich Castelle.

Karten a 4 Mark bei Holtmann, Betzler, Steinmann, Brinkmann u. Kamener Zeitung.

Kautabak

von Grimm & Triepel Nordhausen in Güte unerreicht.

Hans Dolle

Tabakwaren-Großhandlung,

Fernruf 2 **Kamen** Markt 16. 429

Das selbsttätige

Persil Persil Persil Persil Persil Persil

gibt **blendend weiße** Wäsche

ersetzt die **Rasenbleiche.**

macht **Wollwäsche** locker und **grillig.**

schont und **erhält** die Wäsche.

spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen.

wäscht schnell, billig und gut!

Alleiniger Fabrikant: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Waschmittel

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzehntelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Jeden Sonntag

von 4—11 Uhr — von 4—11 Uhr

Großes Konzert

im Restaurant „Zum roten Hirsch"

Für gute Getränke sorgt bestens der

1105 **Wirt Josef Dietrich.**

Ungepreßt

wird jeder 1012

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Reparaturen

an

Automobilen, Motorrädern und Elektromotoren

werden prompt ausgeführt von fachkundigen Monteuren, mit langjährigen Erfahrungen, durch die

509 **Westdeutsche**

Elektro- und Auto-Industrie

Karrenberg & Klicks

Fernruf 466 **Unna** Büro: Burgstr. 30.

Reparatur-Werkstatt: **früher Rasche-Brauerei, Morgenstrasse.**

Eheleute

Hygienische Bedarfsartikel aller Art, **Gummiwaren** etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr. 1070

E. Becker, Dortmund I. Kampstrasse 126, II. Etage, direkt am Körnerplatz, 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Heute Samstag und morgen Sonntag

Konzert

des Klinghammer-Trios mit Paul Hackland, Bassist von der Oper Münster.

Anfang an beiden Tagen 5 Uhr.

Cafee Vogt,

Tee- u. Mokkastuben,

1108 **Unna i. Westf.**

Linoleum

für **Möbel** u. **Fußböden,** einfarbig und granit, **Ia. Friedensqualität** besonders preiswert 640

Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**

Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.

Beste Bezugsquelle für Schreinermeister.

Metallbetten

Stahldrahtmatr., Kinderbetten Polstermöbel an Jedermann. Katal. f. Eisenmöbelfab rik Suhl i. Thür

Ia. Nordmark-Käse milde, schnittige Ware, ohne Abfall, Broden von ca. 9 Pfd., pro Pfd. nur Mk. 7.50, 9 Pfd. Holsteiner-Käse, pro Pfd. Mk. 6.40 9 Pfd. ff. Margarine pro Pfd. Mk 10.80. 4 Liter-Dose Rollmops Mk 29.—, 5 Pfd.-Kiste Bücklinge Mk. 26.—, 30.—, freibleibend ab hier Nachnahme. Heinrich Krogmann, Nortorf i. H., Nr. 90.

Reinigen Färben

Umpressen

von alten Hüten 97

schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,

Bahnhofstrasse 55.

Nicht in eigener Werkstatt

aber von 12.50 Mk. an bekommen Sie bei mir einen Hut sauber u. gut umgepreßt. — Lieferung in ca. 8—10 Tagen. —

W. Meckfessel

1093 **Kamen.**

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von

Pastor Felkes Heilweise

Unna, Bahnhofstraße 49

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr.

„Felke-Heilweise"

Naturheilkunde u. Homöopathie

Sprechstunden in Kamen

Restaurant Unnghardt, Bahnhofstraße 40, jeden Montag und Donnerstag von 12—4 Uhr

96 **W. Schürmann.**

Ein gut erhaltener

Kinderwagen

mit Gummibereifung (Friedensware) preiswert zu verkaufen. 1050

Friedrich Fechner,

Kaiserau, Germaniastr. 62

Ganzenziegen

tragend. prima Tiere,

Lämmer

auch tragend, versendet unter Garantie

Robert Kettschau,

Warburg i. W. 112.

Bettnässen

ist **jetzt** durch ein **sicher** wirkendes Mittel **heilbar.** 802

Prospekt umsonst.

G. Stackemann,

Langwedel (Bremen).

Heirat!

Viele vermög. Damen wünschen sich bald glückl. zu verheiraten. Herren, w. auch ohne Vermög., erhalt. sof. Ausk. d. **Concordia Berlin O., Postamt 34.**

Restaurant „Zur Krone"

Sonntag, den 6. März, findet im Lokale des Herrn Felske (früher Nagel, Oststraße) 1099

großer Ball

statt. Anfang 4 Uhr. Musik Maiwald.

Für Oberaden-Heide suchen wir sofort einen

Zeitungsboten

gegen gute Bezahlung.

Meldungen in der Geschäftsstelle d. **Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.**